

Neues gestalten, Bewährtes erhalten.



CDU

IM KREIS PLÖN



www.cdu-kreis-ploen.de

facebook.com/cdukreisploen

IMPRESSUM

CDU im Kreis Plön, Lange Str. 12 / Stadtgraben, 24306 Plön
Tel.: 04522-7091 | Fax: 04522-7092 | E-Mail: info@cdu-kreis-ploen.de
Gestaltung und Inhalt: André Jagusch, Tade Peetz, Werner Kalinka

70 Jahre CDU – Schifffahrt und Grillen in Plön

70 Jahre CDU Deutschlands – für die CDU im Kreis und die Ortsverbände Ascheberg und Plön Anlass, gemeinsam gesellige und politische Stunden zu verbringen. Selbst das zeitweilig schwüle Wetter konnte der Super-Stimmung der rund 120 Mitglieder und Freunde nichts anhaben. Die schönen Stunden vergingen wie im Fluge.

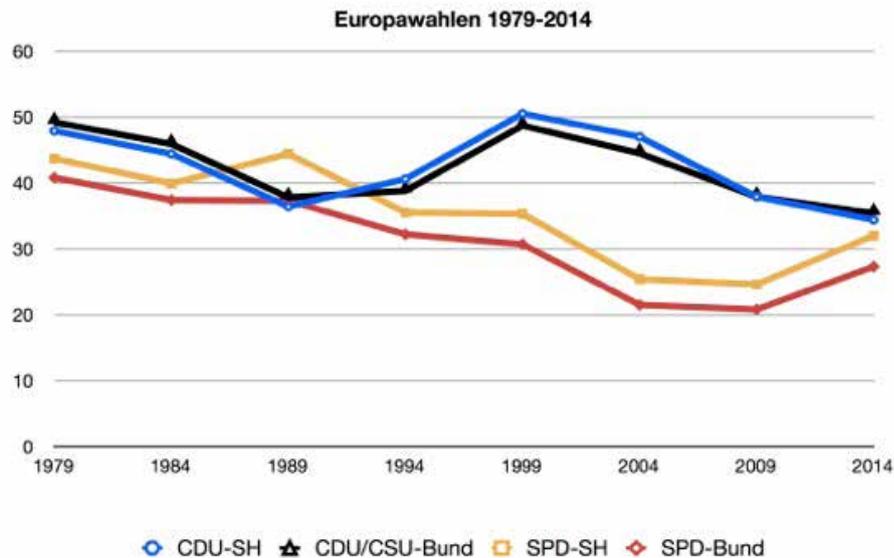
Zwei Stunden Schifffahrt über den Großen Plöner See, anschließend Leckerer vom Grill, schmackhafte Salate und kühle Getränke am grünen Schwentineufer an der Plöner Ölmühle. An der Gitarre und mit Gesang Mechtilde Gräfin von Waldersee – zeitweilig unterstützt von ihrem Kreistagskollegen Bernhard Ziarkowski.



| | |
|---|-------------|
| 70 Jahre CDU / Sommerfest in Plön | Seite 2 |
| Neuer Kreisvorstand am 8. April 2014 gewählt | Seite 4 |
| Europawahl 25. Mai 2014 | Seite 4 |
| Kreisparteitag 11. Mai 2015 in Schwentimental | Seite 5 |
| Halbzeitbilanz der CDU-Kreistagsfraktion | Seite 6/7 |
| Schulen - ein Schwerpunkt unserer Arbeit | Seite 8 |
| CDU: Schnelles Internet für die Schulen | Seite 10/11 |
| CDU vor Ort / Initiativen in die Beratungen eingebracht | Seite 12 |
| Umfangreiche Investitionen in Bildung | Seite 13 |
| Auch kleine Grundschulen sollen erhalten bleiben | Seite 14 |
| Aus Partei und Fraktion | Seite 15 |
| CDU protestiert gegen Schließung der Polizeistationen | Seite 16 |
| Immer weniger Polizeibeamte - nicht hinnehmbar! | Seite 17 |
| Engagement für die Feuerwehren | Seite 17 |
| Wirtschaft, Energiewende und Europa | Seite 19 |
| CDU zum Kreishaushalt 2015 | Seite 20 |
| Kreishaushalt 2016 | Seite 21 |
| 25 Jahre Deutsche Einheit / Zeitzeugen berichten / Veranstaltung in Laboe | Seite 22 |
| Volkspartei CDU | Seite 23 |
| CDU im Kreis Plön engagiert sich gegen Fracking | Seite 24/25 |
| Klares Nein zur Stadtregionalbahn | Seite 26 |
| Forderung nach fairer Bürgerbeteiligung | Seite 27 |
| Der Rufbus würde den ÖPNV attraktiver machen | Seite 28 |
| Der Rufbus steht 2016 auf der Tagesordnung | Seite 29 |
| ÖPNV / Einsatz für das Barkauer Land | Seite 30 |
| ÖPNV / Zahlreiche CDU-Initiativen | Seite 30/31 |
| Bessere Busverbindungen | Seite 32 |
| Die Junge Generation ist bei uns engagiert..... | Seite 33 |
| Flüchtlinge: Im Oktober 2015 formuliert die Kreispartei Grundsatzpositionen | Seite 34 |
| Großes Engagement auch bei uns im Kreis..... | Seite 35 |
| Flüchtlingsunterbringung / Einigkeit im Kreistag..... | Seite 36 |
| „Kalte Progression“: Kreispartei erfolgreich..... | Seite 37 |
| Soziales, Senioren, Pflege / Bischof Dr. Knuth zu Gast / Veranstaltung in Probsteierhagen | Seite 38 |
| Thema Pflege wird intensiv diskutiert / Veranstaltung in Schönberg / Senioren-Union | Seite 39 |
| Tafeln, Familienzentren, Kitas, Sport, Sprachförderung, Gespräche nach dem Kreistag | Seite 40 |
| Jagdsteuer / Demo Bauern, Jäger, Fischer vor dem Landeshaus | Seite 41 |
| Ein arbeitsintensiver Kreisparteitag / Frauen-Union | Seite 42 |
| Gespräch zum Neuen Jahr im Januar 2015 in Heikendorf | Seite 43 |
| Wir sagen Dank für viel Unterstützung!..... | Seite 44 |

Europawahl Mai 2014: CDU stärkste Kraft

Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 blieb die CDU im Kreis Plön die stärkste politische Kraft. Sie erreichte 35 Prozent. Dieses Ergebnis liegt im Trend des Ergebnisses auf Bundesebene, wo die Union 35,3 erzielte. Die Ergebnisse der Europawahlen seit 1979 in Deutschland hat Dr. Andreas Ellendt in einer Grafik zusammengefasst:



Aktive Arbeit, klare politische Linie

Wie in der 1. Sitzung im Mai war auch die 2. Sitzung des neugewählten CDU-Kreisvorstandes im Juni 2014 - 3 Stunden sehr intensive Arbeit. Engagierte inhaltliche Diskussionen und thematische Beschlüsse - es macht Spaß. Enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der CDU-Kreistagsfraktion.

Themen u.a.: Analyse der Europawahl, AfD, das bildungspolitische Desaster der Landesregierung, Mindestlohn, Rentenpaket, Pflege, Schwerpunkte der Kreistagsarbeit, ÖPNV, Bahn, Radwege, Fracking, Jagdsteuer, Entwicklungsplanung für Städte und Gemeinden, bürgeroffene Arbeitskreise, das CDU-Arbeitsprogramm im 2. Halbjahr 2014 / 2015, Umgestaltung der Kreisgeschäftsstelle, CDU-Banner und Öffentlichkeitsarbeit.

Deutlich intensiviert hat die Kreispartei Aktivitäten und politische Aussagen. Informieren Sie sich auf www.cdu-kreis-ploen.de und/oder [facebook.com/cdukreisploen](https://www.facebook.com/cdukreisploen).

Sie möchten per Mail aktuelle Informationen bekommen? Gern. Bitte eine Mitteilung an Kreisgeschäftsführer André Jagusch (jagusch@cdu-kreis-ploen.de).



Oberes Foto: Hildegard Mersmann, Werner Kalinka, Thomas Hansen, Claudia Petersen; unteres Foto: Simon Bussenius, Hans-Helmut Lucht, Tade Peetz.

VIEL ZUSTIMMUNG FÜR DIE RECHENSCHAFTSBERICHTE AUF DEM KREISPARTEITAG 2015

In zwölf Monaten hat sich bei uns viel getan

„Inhaltsstark, mit klaren Positionen, aktiv, vielerorts präsent, diskutierend, plakatierend auch außerhalb von Wahlkämpfen“ – Kreisvorsitzender Werner Kalinka zog ein rundherum positives Fazit der Arbeit des CDU-Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion für die vergangenen zwölf Monate. In der CDU im Kreis Plön hat sich seit dem Kreisparteitag am 8. April 2014 viel getan.

Politische Arbeit
April 2014 - April 2015



Ein breites Themenspektrum wurde bearbeitet: Wirtschafts- und sozialpolitische Themen, Ja zum Erhalt und zur Pflege von Natur und Umwelt, Nein zu Fracking, Ja zu Rufbussen und besseren Verkehrsverbindungen, Nein zum 380-Mio-Projekt Stadtrationalbahn (SRB), Ja zur Stärkung der Sicherheit, Nein zur Verringerung der polizeilichen Präsenz im Kreis Plön, Ja zum Bau der Kreisfeuerwehrentrale und zur Einführung des Digitalfunks 2016/2017, Ja zu einer besseren Breitbandversorgung für alle Bürger, Dialog und Unterstützung mit und von Vereinen und Verbänden wie zum Beispiel im Kultur- und Sportbereich, die Situation der Flüchtlinge und Asylsuchenden, Ja zu mehr Straßenunterhaltung und dem Bau von Radwegen, keine unnötige Einengung der Kommunen, auch nicht beim Planungsbereich von Wohneinheiten.

Kalinka: „Weitere wichtige Themen der CDU im Kreis Plön waren zudem der Abbau der „Kalten Progression“, das Ja zum Mindestlohn, das Nein zu überzogenen Dokumentationspflichten und die Diskussion zum Thema Volkspartei CDU Schleswig-Holstein.



Simon Bussenius

Hier haben wir auch in der Landes-CDU unsere Positionen eingebracht - und mit einigem Erfolg. Wirtschaft und Soziales - beides sind CDU-Säulen.“

Eine sehr gute Bilanz konnte auch Kreis-schatzmeister Simon Bussenius vorlegen, der das Amt 2014 von Holger Bajorat übernommen hatte, der die

Arbeit jetzt als stellvertretender Kreisschatzmeister positiv begleitet. 2014 wurde durch viel Engagement mit einem kleinen Überschuss abgeschlossen!

Durch viel ehrenamtlichen Einsatz und mit Hilfe von Spenden wurde die Kreis-geschäftsstelle renoviert und umgestaltet, viel Beifall auch für die hoch engagierte Arbeit von Kreisgeschäftsführer André Jagusch. Die Informationsarbeit (INFORMATIONEN, Mails, Facebook, Banner, Plakatgestaltung) wurde vor allem durch Tade Peetz mit Unterstützung von André Jagusch erheblich und erfolgreich intensiviert.



André Jagusch

„Bewährtes erhalten - Neues gestalten“, so das Leitmotiv des Bildungsantrages (Leitantrag). Lothar Lamb, langjähriger Schulrat im Kreis Plön, Tade Peetz und der Arbeitskreis „Bildung“ hatten eine hervorragende Vor- und Grundlagenarbeit geleistet. Der Antrag wurde nach zum Teil lebhafter Diskussion einstimmig (fünf Enthaltungen) vom Kreisparteitag verabschiedet.



Beratung des Leitantrages im Arbeitskreis Bildung am 28. April 2015

Der herzliche Dank für seine zwölfjährige Arbeit als Fraktionsvorsitzender im Kreistag galt seitens Werner Kalinka und der Mitglieder Thomas Hansen. Er hat die Fraktion profiliert und engagiert geführt. Thomas Hansen begründete auf dem Kreisparteitag die Position der Kreistagsfraktion zum Abbau der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn – Zustimmung 99 Prozent.

Ein herzliches Dankeschön an alle, die zum Gelingen des Kreisparteitages beigetragen haben, vor allem an das souveräne Tagungspräsidium (Dirk Sohn, Sönke Stoltenberg, Claudia Petersen), an das Unterstützungsteam (Günter Kord-to-Krax, Thure Koll und Hans-Helmut Lucht) und die Anmeldung (Gudrun und Nicole Kord-to-Krax, Ulrike Michaelsen).

Die besten Lösungen für die Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit

Im Mai 2013 wurde der Kreistag – wie auch die Gemeinde- und Stadtvertretungen – neu gewählt. Die Zeit vergeht schnell – inzwischen haben wir „Halbzeit“. Die CDU-Kreistagsfraktion ist engagiert und präsent, hat eine Reihe von Initiativen in die Kreisberatungen eingebracht.

Schulen: Die Weichen für das schnelle Internet an den Schulen, für die der Kreis als Schulträger zuständig ist, sind gestellt. 2016 sollen zudem mehr als 2 Millionen Euro für Verbesserungen bei der Ausstattung und im baulichen Bereich der Schulen investiert werden. Dies findet Anerkennung bei unseren Schulen: Während der aktuellen Haushaltsberatungen wurde der Dank für die nachhaltigen Investitionen ausgesprochen. Durch Verträge kooperieren Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, so dass dadurch die Durchlässigkeit zwischen den Schulen mit dem Ziel weiterführender Abschlüsse sichergestellt ist. Der Erhalt kleiner Grundschulen wurde 2015 vom Kreistag in der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes verankert. Schüler- und Elternvertretungen an den kreiseigenen Schulen werden künftig mit je 500 Euro pro Jahr in ihrer Arbeit unterstützt.

Kita-Förderung: Nicht geringe Sorgen bereitet vielen Kommunen die finanzielle Entwicklung, weil die laufenden Kosten immer höher werden.

Kulturförderung: Wir unterstützen die Initiativen, die Kulturförderung zu verstärken und den Dialog mit den Kulturschaffenden zu intensivieren. Soweit der Kreis zuständig ist, unterstützt er die Arbeit der Museen, zum Beispiel das Kreismuseum in Plön.



ÖPNV: Die Verbesserung der Verkehrsanbindungen wird von uns unterstützt. Dazu zählt besonders der Busverkehr. Wir setzen uns für Verbesserungen der VKP-Linien auf den Strecken nach Preetz, wo es wichtige zentrale Einrichtungen gibt, aber auch auf anderen Strecken, ein. Eine Absage erteilen wir einer Stadtregi-

onalbahn (SRB). Es ist gut, dass auch mit Hilfe des Kieler Oberbürgermeisters Ulf Kämpfer (SPD) das von SPD/Grünen/FWG gewollte 380 Mio. Euro-Projekt nicht weiter verfolgt wird. Es ist zu prüfen, mit welchen Kosten die Förderschiffahrt attraktiver gemacht werden kann.

Rufbus-System: Die Busverkehre könnten durch Rufbusse erheblich flexibler werden. Dies wäre auf Dauer auch eine Möglichkeit, die Busangebote nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch zwischen den Orten – zum Beispiel auf dem Ostufer – zu intensivieren. Wir setzen uns für Rufbusse in unserem Kreis ein.



Sicherheit: Der Bau der neuen Kreisfeuerwehrzentrale in Preetz mit rd. 6,5 Mio. Euro Kosten ist für den Kreis kein einfacher finanzieller Kraftakt. Wir haben dem Projekt aber zugestimmt, weil gute Ausstattungen und Rahmenbedingungen für die ehren- und hauptamtliche Arbeit gerade auch bei den Feuerwehren wichtig sind. Die Einführung des Digitalfunks wird gleichfalls von uns unterstützt. Sorgen bereitet die vom Land verfügte Auflösung von Polizeistationen und der Abbau der Zahl von Polizeibeamten im Kreis. Dies bedeutet ein Weniger an Prävention und an realer Sicherheit vor Ort.

Finanzen: Sparsame Haushaltspolitik und das Bestreben um den Abbau von Schulden bleiben unser Maßstab. Dass es möglich ist, Personal- und Sachkosten sachgerecht und sozialverträglich zu reduzieren, wurde von uns 2003 - 2008 im Kreis bewiesen. Wir wissen, dass aktuell Mehranforderungen (Flüchtlingssituation) an die Verwaltung gestellt werden und dies mehr Mitarbeiter erfordert. Diese Mehrausgaben müssen aber dauerhaft auch leistbar bleiben. Die Kosten für die Flüchtlingshilfe sollten von Bund und Land getragen werden. Unser Ziel bleibt es weiterhin, dass die kommunale Familie, also Gemeinden, Kreise und Städte, über mehr finanziellen Handlungsspielraum verfügen.

Wirtschaft / Arbeitsmarkt: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter erfreulich. Bei vielen Firmen ist die Auftragslage gut. Das Job-Center ist bemüht, diejenigen, die noch keinen oder keinen festen Arbeitsplatz haben, auf dem Weg dorthin zu unterstützen. Die seit vielen Jahren in Schwentimental ansässige Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFA) und das Gewerbe- und Technikzentrum (GTZ) des Kreises sind sichtbarer Ausdruck erfolgreicher Initiativen, Unternehmensgründungen zu fördern und Menschen auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu begleiten.

Ja zur Umwelt, Nein zu Fracking: Wir lehnen Fracking entschieden ab und haben uns dazu mehrfach entsprechend mit Anträgen im Kreistag positioniert. Bürger und Gemeinden werden bei ihrem Kampf gegen Fracking vom Kreis Plön unterstützt. Ein weiteres Beispiel für unser Engagement für Natur und Umwelt ist beispielsweise die Unterstützung des Vereins Wasser-Otter-Mensch.

Soziales: Für Kosten der Unterkunft unterstützungsbedürftiger Menschen, für Hilfen zum Unterhalt, für Hilfen zur Pflege, für Leistungen in Werkstätten und zum Wohnen, für Hilfen für die Gesundheit und andere soziale Unterstützungen wendet der Kreis im Jahr fast 18 Mio. Euro auf. Hinzu kommen erhebliche Summen von Bund und Land, wie zum Beispiel für die Grundsicherung. Für die engagierte Arbeit der Wohlfahrtsverbände sind wir dankbar, sie findet unsere volle Unterstützung. Wir befürworten den Mindestlohn und möchten möglichst wenig Dokumentationspflichten.



Sportstättenförderung: Auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion im Dezember 2014 sind die Richtlinien dahingehend geändert worden, dass die Förderung seitens des Kreises nicht mehr von den Hebesätzen der Gemeinden abhängig ist, in denen eine Sportstätte gefördert werden soll. Eine Entscheidung, die betroffenen Vereinen sehr hilft. Dies gilt auch für die dauerhafte Übungsleiter-Förderung. Sport ist für alle Generationen wichtig!

Flüchtlinge/Asylbewerber: Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich. Dafür sind wir sehr dankbar. Unsere Position: Das Grundrecht auf Asyl wird allen gewährt, die politisch verfolgt werden. Dies steht nicht

zur Disposition. Die Aufnahmemöglichkeiten sind inzwischen an einer kritischen Grenze angelangt. Die Aufnahme von Flüchtlingen in die EU sollte kontingentiert werden. Auch müssen Rückführungen derjenigen erfolgen, die nicht als Asylbewerber anerkannt werden.



Fallwild: Wir sehen mit Sorge, dass Fallwild an Straßen qualvoll verendet und nicht immer schnell entsorgt wird. Es ist ein Gebot des Tierschutzes, dass dies wieder anders wird. In den Zeiten, als die Jäger keine Jagdsteuern entrichteten mussten und dafür das Fallwild entsorgten, hatten wir keine nennenswerten Probleme. Deshalb befürworten wir die Rückkehr zur damaligen Situation.

Vereine, Verbände, Ehrenamt: Wir unterstützen ihre Arbeit gern. Sie leisten viel, um vor allem im Freizeitbereich – aber nicht nur dort – Angebote für alle Generationen zu unterbreiten. Ohne aktive Vereine und Verbände, ohne engagiertes Ehrenamt wäre unsere Gesellschaft ärmer und wäre vieles nicht mehr möglich. Deshalb bleibt die Unterstützung für uns von hoher Bedeutung. Seit Jahren bietet der Kreis fördernde, mehrjährige Garantie-Verträge an, damit bei Vereinen und Verbänden finanziell längerfristig geplant werden kann.

Breitband: Schnelle und nachhaltige Anbindungen in den Gemeinden und Städten sind für Bürger, Wirtschaft, junge Generation und Schulen von besonderer Wichtigkeit. Leistungsfähiges Internet ist eine Investition in die Zukunft. Der Kreis unterstützt diesen Prozess. Die Kreisschulen bekommen ab 2016 Breitbandanschlüsse.

Radwege und Straßen: Trotz der engen Haushaltslage werden wir weiterhin in die bisher geschaffene Infrastruktur investieren. Die Unterhaltung von Radwegen und Straßen hat eine hohe Bedeutung. Nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für Wirtschaft und Tourismus. Wir befürworten, dass an der neuen A 21 auf Höhe des Barkauer Landes der Bund einen Radweg und eine Parallelstraße zur Anbindung der Dörfer baut.

Abfallwirtschaft: Wir haben im Kreis Plön eine leistungsfähige Abfallwirtschaft. Die Gebühren sind angemessen und wurden seit Jahren nicht erhöht. Rekultivierung hat in unserem Kreis einen hohen Stellenwert.

Bildungspolitik für den Kreis Plön: Bewährtes erhalten – Neues gestalten

Nach intensiven Diskussionen in der Partei, im Arbeitskreis Bildung und im Kreisvorstand wurde auf dem Kreisparteitag am 11. Mai 2015 im Hotel „Rosenheim“ in Schwentental ein Antrag zur Bildungspolitik für den Kreis Plön vorgelegt, auch dort engagiert erörtert und mit großer Mehrheit beschlossen. Bereits am 18. September 2014 hatte der langjährige Kreisschulrat Lothar Lamb in einer Sitzung des Arbeitskreises Bildung unter der Leitung von Tade Peetz zum Thema „Bestandsaufnahme Schule“ referiert und einen wesentlichen Beitrag für diese Diskussion gegeben. Tade Peetz und Lothar Lamb hatten auf dem Parteitag in den Antrag eingeführt. Nachfolgend Auszüge aus den Beschlüssen des Kreisparteitages.

Gute Bildung legt das Fundament für unsere Zukunft. Wir gehen dabei von einem ganzheitlichen Menschenbild aus, bei dem jeder Einzelne mit seinen Fähigkeiten im Mittelpunkt steht.

Der ländliche Raum steht angesichts des demografischen Wandels vor neuen Herausforderungen. Die Zukunftsfähigkeit der Grundschulen im ländlichen Raum ist dabei besonders gefragt. Der Erhalt zweiklassiger Grundschulen unter entsprechenden Rahmenbedingungen ist aus unserer Sicht durchaus möglich.



Um den Schulen eine kontinuierliche Arbeit zum Wohle der Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten, fordert die CDU im Kreis Plön:

- **Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen.** Auf die Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher sowie die der sozialpädagogischen Assistenzen muss ein noch stärkerer Schwerpunkt gelegt werden.
- **Die Eigenverantwortung der Schulen ist zu stärken und zu fördern.** Der Freiraum in der Schule muss

bei allen gesetzlichen Vorhaben erhalten bleiben. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Eltern, Schulträger, Schülerinnen und Schülern ist zu fördern.

- **Die Arbeit der Eltern- und Schülervertretungen ist – auch finanziell – zu unterstützen.**
- **Grundschulen** im ländlichen Raum mit einer Zweiklassigkeit sind als eigenständige Grundschulen mit eigener Schulleitung zu erhalten. Dabei ist zu gewährleisten, dass Lehrkräfte für den Unterricht mit jahrgangsübergreifenden Klassen aus- und fortgebildet werden.



- **Die Ziffernnoten** in den Klassenstufen 3 bis 6 sind festzuschreiben. Ziel ist eine transparente Bewertung der schulischen Leistungen von Kindern durch eine Kombination von textlicher und zahlenmäßiger Bewertung.
- **Alle Standorte mit einem Förderzentrum** sind als eigenständige Schule mit eigener Schulleitung zu erhalten und auszubauen. Inklusiver Unterricht ist im Rahmen der Möglichkeiten anzustreben, dabei ist die Empfehlung von Experten einzubeziehen. Ein separater Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung oder einem Defizit soll erfolgen, wenn dieses pädagogisch sinnvoll ist. Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf bedürfen häufig besonderer Schonräume, um sie bedarfsgerecht zu fördern und bis zum ersten allgemeinen Schulabschluss zu führen.
- **Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sind die Regelschulen als weiterführende Schulen.** Die an 3 Gemeinschaftsschulen im Kreis Plön bestehenden Grundschulteile sind als eigenständige Grundschulen mit eigener Schulleitung zu führen. Gemeinschaftsschulen sollen zukünftig die 5. und 6. Jahrgangsstufe weiterhin binnendifferenziert unterrichten dürfen. Ab der Jahrgangsstufe 7 können differenzierte Lerngruppen „unter



Konzentrierte Arbeit der rund 100 Mitglieder auf dem Kreisparteitag im Hotel „Rosenheim“ in Schwentinental

einem Dach“ gebildet werden, die die Schülerinnen und Schüler jeweils auf den ersten allgemeinbildenden sowie den mittleren Schulabschluss vorbereiten.

- Die Einrichtung einer weiteren Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule außer an der GS Probstei in Schönberg wird abgelehnt.
- Die Bestandsaufnahme der schulischen Strukturen im Hinblick auf die Ermöglichung von Bildungsanschlüssen im Kreis Plön zeigt **vielfältige Wege der Kooperation** für jeden Gemeinschaftsschulstandort mit einer bestehenden Oberstufe auf.
- Die CDU im Kreis Plön tritt dafür ein, **dass der Kreis Plön die bestehenden 4 Gymnasien als auch das Berufliche Gymnasium im Regionalen Bildungszentrum in Preetz in bewährter Weise weiter konstruktiv fördert** und fordert vom Land Schleswig-Holstein, eine 100%ige Unterrichtsversorgung mit gut ausgebildeten Lehrkräften für alle Schulen sicherzustellen.
- Die **volle Aufhebung der Schuleinzugsbereiche muss überdacht werden**. Insbesondere ist darauf zu achten, dass durch die freie Schulwahl den kommunalen Schulträgern keine zusätzlichen Kosten entstehen. Es ist anzustreben die kommunale Beteiligung an den Schulkosten ausgewogen zu gestalten.

Bei **baulichen Veränderungen für zeitgemäße Anforderungen** (Medienausstattung; Inklusionsmaßnahmen) steht das Land – Stichwort: Konnexität – sehr viel mehr in der Pflicht als bisher. **Die Entwicklung der Schulkostenbeiträge wird von nicht wenigen Kommunen mit Sorge betrachtet.**



- **Der Schulentwicklungsplan des Kreises muss bei schulstrukturellen Änderungen und Standortentscheidungen seitens des Landes Schleswig-Holstein stärkere Berücksichtigung finden.**

Auszug aus dem am 11. Mai 2015 auf dem Kreisparteitag in Schwentinental verabschiedeten Antrag „Bewährtes erhalten - Neues gestalten“ zur Bildungspolitik im Kreis Plön. Den vollständige Text können Sie bei der Kreisgeschäftsstelle anfordern oder auf unserer Homepage abrufen.

Zahlen zur Schulentwicklung: Die Zahl der eigenständigen Schulen im Primar- und Sekundarbereich I sank im Kreis Plön von 2007 bis 2015 von 50 auf 30. Von 24 eigenständigen Grundschulen blieben lediglich 18 übrig. 2 Hauptschulen, 9 Grund- und Hauptschulen und 7 Realschulen wurden aufgelöst, daraus entstanden 7 Gemeinschaftsschulen, 3 mit und 4 ohne Grundschulteil. Eine Gemeinschaftsschule (Schönberg) wird ab

dem Schuljahr 2015/16 eine Oberstufe anbieten. Von insgesamt 8 Sonderschulen bzw. Förderzentren blieben 5 übrig. Ziel ist eine weitere Zusammenfassung der Förderzentren zu einem Kompetenz-Förderzentrum je Kreis. Lediglich die 4 Gymnasien in Plön, Preetz, Heikendorf und Lütjenburg sowie das Berufliche Gymnasium im Regionalen Bildungszentrum (RBZ) in Preetz blieben von diesen Veränderungen unberührt.

CDU: Schnelles Internet für die Schulen!

Seit längerem drängt die CDU-Kreistagsfraktion intensiv darauf, dass die Schulen mit schnellem Internet arbeiten können. Deshalb hat sie im Mai vorgeschlagen, zur Verfügung stehende FAG-Mittel dafür zu verwenden. Der Kreis als Schulträger ist für die Gymnasien in Heikendorf, Plön und Preetz, das Schulzentrum in Lütjenburg sowie für das Regionale Berufsbildungszentrum (RBZ) zuständig.

In der Kreistagssitzung vom 9. Juli 2015 versuchte die SPD/Grüne/FWG-Koalition - unterstützt von der UWG - die CDU-Initiative zunächst abzublocken. Angesichts der vorgetragenen Argumente kamen sie aber nicht umhin, das Thema zumindest in den Schulausschuss zu verweisen. Am 1. Oktober berät der Kreistag erneut.

Es hat sich herausgestellt, dass es mit rd. 100 000 Euro, wie von der CDU dargelegt, möglich ist, die Breitband-Anbindung der Schulen deutlich zu verbessern. In Heikendorf ist dies bereits geschehen und seit Ende August eine 50 Mbit-Leitung nutzbar, in Lütjenburg kann der Ausbau im Rahmen der Konversions-Arbeiten (Schule liegt in der Nähe) bald für rd. 10 000 Euro (!) ermöglicht werden.



Leider sieht die Vorlage der Kreisverwaltung vor, bei den anderen Kreis-Schulen zunächst nur die hausinterne WLAN-Versorgung zu verbessern und ansonsten auf ein angekündigtes Landesprogramm zu warten. Das ist die falsche Reihenfolge: **Voraussetzung für die Internet-Nutzung des WLANs in den Schulen sind zunächst entsprechend leistungsfähige Breitbandanbindungen.** Wir werden weiter darauf drängen, dass beides schnell geschieht. Länger warten - das geht für die Schulen nicht!

André Jagusch, Tade Peetz

Pressemitteilung vom 29. Oktober 2015:

Schnelles Breitband zu den Schulen: Willkommen im Club, SPD!

„Schön, dass nun auch die SPD die digitale Schule schnell verwirklichen will. Willkommen im Club. Noch besser wäre es gewesen, sie hätte schon im Kreistag für das schnelle Internet zu den Schulen gestimmt“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Kalinka zu der Ankündigung der SPD, Anfang November in Preetz dazu eine Veranstaltung durchzuführen.

Er erinnerte daran, dass die Kreistagskoalition aus SPD/Grünen/FWG es mehrfach abgelehnt habe, für entsprechende Finanzmittel zu stimmen. Entscheidend sei, dass die leistungsfähigen Anbindungen zu den Schulen gegeben sein müssten, um in den Schulen selbst das Internet schnell und effektiv nutzen zu können. Dies hatten CDU, FDP, UWG und Linke am 1. Oktober 2015 im Kreistag durchgesetzt.

Nach den Beschlüssen des Plöner Kreistages werden im Jahr 2015 rd. 101 000 Euro aus FAG-Mitteln zur Verbesserung der WLAN-Infrastruktur und in den Jahren 2016, 2017 und 2018 pro Jahr nochmals jeweils rd. 100 000 Euro bereitgestellt, um die Schulen, für die der Kreis als Schulträger zuständig ist, an das Telekom-Glasfasernetz anzuschließen.

CDU, FDP, UWG UND LINKE STIMMEN IM KREISTAG DAFÜR Kreis-Schulen erhalten schnelles Internet

Die in Schulträgerschaft des Kreises befindlichen Schulen erhalten schnelles Internet. Mit 24:18 Stimmen bei einer Enthaltung stimmten die Abgeordneten des Plöner Kreistages gestern am späten Abend nach langer und intensiver Debatte für den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion. Noch im Schulausschuss hatte es bei der Abstimmung ein Patt gegeben. Die Koalition aus SPD (mit 2 Ausnahmen), Grünen (2 Abgeordnete fehlten) und FWG stimmte dagegen.

Der Beschluss lautet: „Die Anbindung des Gymnasiums Schloss Plön, des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Preetz, des Hoffmann-von-Fallersleben Schulzentrums Lütjenburg und der drei Standorte des Regionalen Berufsbildungszentrums in Plön und Preetz ans Telekom-Glasfasernetz (155 Mbit/s, garantiert 45 Mbit/s) wird in Auftrag gegeben. Die entstehenden Kosten werden aus den Mitteln gem. § 15 Abs. 4 FAG der Jahre 2016,2017,2018 bereitgestellt.“ Zudem werden zur Verbesserung der WLAN-Infrastruktur der Kreisschulen für das Jahr 2015 Mittel in Höhe von 101.000 Euro aus FAG-Mitteln bereitgestellt, um den Ausbau in Teilbereichen durchzuführen.

Der schulpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, Tade Peetz, wurde deutlich: „Entscheidend ist, dass die leistungsfähigen Anbindungen zu den Schulen gegeben sein müssen, um in den Schulen das Internet schnell und effektiv nutzen zu können. Ein ausgebautes WLAN-Netz allein hätte den Schulen nicht geholfen.“

André Jagusch hielt SPD/Grünen/FWG gleichfalls vor, die falsche Reihenfolge zu wählen. Schnelles Internet sei aber für die Bildungschancen der jungen Generation unverzichtbar: „Jeder Monat, der verstreicht, ohne dass was Entscheidendes passiert, ist ein Monat zu viel.“

Werner Kalinka betonte, dass die Vorschläge ohne große Probleme finanzierbar seien: „Der Kreis bekommt pro Jahr 600 000 Euro FAG-Mittel. 1/3 davon sollen nach dem Willen des Landes für Breitband verwandt werden. 100 000 Euro pro Jahr für die Schulen – das ist wahrlich nicht zu viel.“



Die Kreistagsabgeordneten Tade Peetz und André Jagusch – seit Monaten beim Thema besonders stark engagiert.

Engagiert beteiligte sich die CDU-Kreistagsfraktion an der Diskussion. Unter anderem ergriffen dabei zudem Jürgen Kleinfeldt, Stefan Leyk und Bernhard Ziarkowski das Wort. Jürgen Kleinfeldt: „Wenn wir immer warten würden, ob vielleicht noch etwas anderes kommt, dann würden wir heute noch von Baum zu Baum springen.“ Die klare Botschaft: Die Schulen brauchen das schnelle Internet, es ist für die Ausbildung und den weiteren beruflichen Lebensweg der jungen Generation von größter Bedeutung.

Schon zu Beginn der Sitzung des Kreistages hatte der Schülersprecher des Gymnasiums im Hoffmann-von-Fallersleben Schulzentrum in Lütjenburg, Till Unger, auf die dringende Notwendigkeit einer schnellen Breitbandanbindung an den Schulen eindringlich hingewiesen.

CDU-Fraktion besucht kreiseigene Schulen

Ein strammes Programm für die Teilfraktion der CDU: Ortstermine in 5 Schulen in Kreisträgerschaft – Ulrike Michaelsen, Hans-Jürgen Gärtner, André Jagusch, Hilla Mersmann, Hans-Herbert Pohl, Thomas Hansen, Werner Kalinka und Tade Peetz besuchten sie in den vergangenen Wochen, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen und sich mit Schulleitungen, Eltern- und Schülervertretern und Lehrkräften auszutauschen.

„Der Kontakt und die gewonnenen Eindrücke sind wichtig für unsere Arbeit im Kreistag und in den Ausschüssen, um die richtigen Prioritäten zu setzen, auch zu baulichen Notwendigkeiten“, so der schulpolitische Sprecher der Kreistagsfraktion Tade Peetz.

Im kommenden Jahr beabsichtigt die Fraktion, das Berufsbildungszentrum an seinen Standorten Plön und Preetz und die Schule am Kührener Berg (Förderzentrum für geistige Entwicklung) zu besuchen.

FSG
Friedrich-Schiller-Gymnasium
Gymnasium des Kreises Plön in Preetz



CDU-Initiativen prägen die Schulpolitik im Kreis / Kreisparteitagsbeschlüsse umgesetzt

Die Beschlüsse des Kreisparteitages am 11. Mai 2015 sind im Wesentlichen in diesem Jahr im Plöner Kreistag umgesetzt worden. So wurden auf Initiative der CDU-Fraktion folgende Punkte beantragt und mehrheitlich oder einstimmig beschlossen:

- Der Erhalt kleiner Grundschulen wurde im Kreisschulentwicklungsplan festgeschrieben.
- Die Arbeit der Schüler- und Elternvertretungen der Kreisschulen wird zukünftig mit je 500 € pro Jahr finanziell unterstützt.
- Der Kreis Plön investiert im kommenden Jahr 2,2 Mio. € in die Kreisgymnasien und das Regionale Berufsbildungszentrum (RBZ) (2010-2015: 15,9 Mio. €).
- Durch Vertragsabschluss von Kooperationen zwischen allen Gemeinschaftsschulen im Kreisgebiet mit den Kreisgymnasien und dem RBZ sind weitere Oberstufenplanungen vom Tisch.
- Bedeutsamer Bericht der Kreisverwaltung für alle Schulträger: Die Schulkostenbeiträge werden 2016 durch Erhöhung der Investitionskostenpauschale von 250 € auf 325 € pro Schüler erheblich steigen.
- Konzentration der Unterrichtsangebote des Beruflichen Gymnasiums des RBZ am bestehenden Standort Preetz.
- Der Schulentwicklungsplan des Kreises wird zukünftige lokale Planungen stärker berücksichtigen.
- Die WLAN-Infrastruktur an den kreiseigenen Schulen wird für 101.000 € in 2015 ausgebaut.
- Die Kreisschulen in Preetz, Plön und Lütjenburg werden durch Bereitstellung von rd. 100.000 € aus FAG-Mitteln in den Jahren 2016-2018 ans Glasfasernetz als Voraussetzung für zeitgemäßen Unterricht angebunden.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf einen Prüfbericht der Kreisverwaltung, in dem die Auswirkungen der Aufhebung der Schuleinzugsbereiche für die Schulträger dargestellt werden sollte, wurde leider mehrheitlich abgelehnt.

Weiter wurde die verzögerte Wiederbesetzung der Schulleiterstelle an der kreiseigenen Gemeinschaftsschule in Lütjenburg seitens der CDU-Kreistagsfraktion angemahnt.

Auch die Gründe für die Skepsis der CDU am Schulassistenten-Modell haben sich bestätigt: statt des geplanten Starts nach den Sommerferien sollen diese, wenn sie beim Land beschäftigt sind, nun erst am 1. Januar in die Schulen kommen.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen spricht sich die Kreistagsfraktion aus Integrations- und Kostengründen (steigende Schülerbeförderungskosten) für eine Dezentralisierung des DaZ („Deutsch als Zweitsprache“)-Unterrichts aus.

Investitionen in Bildung, sorgsame Finanzpolitik - Plöner CDU-Schwerpunkte

„Investitionen in Bildung und eine sorgsame Finanzpolitik sind zwei wesentliche Schwerpunkte der Arbeit der CDU im Kreis Plön. Sie zeigen, welch hohen Stellenwert Generationengerechtigkeit für uns hat“, so Kreisvorsitzender Werner Kalinka in seinem Grußwort auf dem Schleswig-Holstein-Rat der JU Schleswig-Holstein am 31. Oktober 2015 in Lütjenburg. Seit mehr als 10 Jahre präge dies die kommunale CDU-Arbeit.

Besonders seit der Kreistagswahlperiode 2003 - 2008, als die CDU im Plöner Kreistag die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten stellte, wurde viel in die Schulen, bei denen der Kreis Schulträger ist, investiert. Schon damals hatte die CDU-Kreistagsfraktion Bildung zu einem Schwerpunktthema erklärt. Ein anderes war die sparsame Finanzpolitik: Von 2003 - 2008 wurden die Personal- und Verwaltungskosten um knapp 10% reduziert. Oft mit harten, alles andere als einfache Diskussionen.

Im Mittelpunkt der Tagung am Wochenende in der Mensa des Hoffmann-von-Fallersleben Schulzentrums in Lütjenburg unter der souveränen Leitung von Malte Schildknecht stand die digitale Sicherheit. Besonderes Lob gab es auch für Hobby-Koch André Stümer, der in 9-stündiger Arbeit leckeres Rübenmus für die Teilnehmer gekocht hatte. Übrigens: Von 1973 - 80 war Werner Kalinka Landesvorsitzender der Jungen Union in Schleswig-Holstein.

Schulen: Seit 2010 rund 13,3 Mio. Euro investiert

Der Kreis Plön hat von 2010 bis 2015 insgesamt rd. 13,3 Mio. Euro in seine kreiseigenen Schulen investiert. Für 2016 sind weitere 2 Mio. Euro eingeplant. Die CDU-Kreistagsabgeordneten Tade Peetz, Hans-Herbert Pohl und André Jagusch: „Die Zahlen zeigen eindrucksvoll, welch hohen Stellenwert gute Schulen bei uns haben. Diesen Kurs hat der Kreistag vor allem auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion insbesondere seit der Wahlperiode 2003-2008 eingeschlagen. Dies sind nachhaltige Investitionen in die Zukunft der jungen Generation.“

Zu den einzelnen Maßnahmen zählen Verbesserungen von Fachräumen, Sportanlagen und Sportgeräten, Ar-



Tade Peetz, Hans-Herbert Pohl und André Jagusch

beitsräumen, Kunst-, Musik- und Werkbereichen, barrierefreie Zugänge, sanitäre Anlagen und Umkleieräume, energetische Sanierungen, die Neugestaltung von Pausenhöfen und Büroräumen, Sonnen- und Schallschutz.

CDU für Unterstützung der Eltern- und Schülervertretungen / 20. Mai 2015

Nach dem Willen der Plöner CDU-Kreistagsfraktion sollen Eltern- und Schülervertretungen an den kreiseigenen Schulen ein eigenes Budget von 1000 Euro pro Schule erhalten, um ihre Arbeit stärker zu fördern. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften, Eltern, Schulträger und Schülerinnen und Schülern durch den Kreis Plön sei – auch finanziell – zu unterstützen.

„Zum einen geht es um die Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements, zum anderen müssen die Schüler- und Elternvertretungen auch finanziell in die Lage versetzt werden, Info-Veranstaltungen durchzuführen oder z.B. einen Fachreferenten einzuladen, ohne dass dies an finanziellen Hürden scheitert“, begründet der Kreistagsabgeordnete und Junge Union-Kreisvorsitzende Malte Schildknecht den CDU-Antrag.

Nach §§ 75,80 SchulG trägt der Schulträger die Kosten für die Tätigkeit der Schüler- und Elternvertretungen im Rahmen der in den Haushaltsplänen zur Verfügung gestellten Mittel in der Schule.

Erhalt kleiner Grundschulen: CDU sieht Kreis als Berater der Träger

Nach dem Willen der Plöner CDU-Kreistagsfraktion sollen Kreisverwaltung und Schulamt die Schulträger kleiner Grundschulen beraten und unterstützen, die beabsichtigen, ihre Schulen trotz nicht erreichter gesetzlich vorgeschriebener Schüler-Mindestanzahl zu erhalten. Dies soll im Schulentwicklungsplan des Kreises Plön festgeschrieben werden.

„Für uns gilt weiterhin ‚Kurze Beine - kurze Wege‘, und das nicht als bloßes Lippenbekenntnis. Hier gilt es, im engen Kontakt mit den Schulen Wege aufzuzeigen, damit diese weiterhin als dorfübergreifende Zentren der Bildung, der kulturellen und der sozialen Vielfalt bestehen bleiben“, so der bildungspolitische Sprecher der CDU, Tade Peetz.

Nach Auffassung der CDU könnten sogar zweiklassige Schulen erhalten werden, wenn Eltern, Träger und Schule dies so wollten. Notwendig sei dafür die Entwicklung eines innovativen Konzeptes, das von der Schulkonferenz getragen wird und die Zustimmung des Schulträgers erfordert. Das Land habe dafür zu sorgen, dass die pädagogische Arbeit durch qualifizierte Lehrkräfte gewährleistet ist.

Peetz: „Unter pädagogischen Aspekten können sich kleinere Schulen in den ländlichen Räumen als flexibel gesteuerte und innovative Systeme erweisen, wenn pädagogische Möglichkeiten der Schulen, z.B. jahrgangsübergreifender oder altersgemischter Unterricht, die Flexibilisierung der Eingangsphase und eine veränderte Rhythmisierung als Instrumente genutzt werden.“

Für die Schulträger könnten kleine Grundschulen als Modelle der integrativen und generationenübergreifenden Arbeit sehr wertvoll sein, auch für die Kooperation mit außerschulischen Institutionen.

(veröffentlicht am 19. Mai 2015)

Lothar Lamb: Unfälle mit Kindern können vermieden werden

Immer wenn Stellen bei der Polizei abgebaut werden sollen, steht die Verkehrssicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmer zur Disposition. Es kann nicht mit Zahlen festgemacht werden, es ist aber mit Sicherheit eine Tatsache, dass durch die engagierte Arbeit der Polizeiverkehrslehrer Unfälle mit Kindern vermieden werden und somit das Leben und die Gesundheit unserer jüngsten Verkehrsteilnehmer geschützt werden. Es gibt seit Jahren Politiker, die die Arbeit



der Polizeiverkehrslehrer als Kasperletheater abtun. Sie sollten sich einmal über das weit über das normale Maß hinausgehende Engagement dieser Polizeibeamten informieren. Diese Arbeit kann in der Form und in dem Maße nicht von Ehrenamtlichen geleistet werden.

Lothar Lamb

Ehrenpräsident der Landesverkehrswacht Schleswig-Holstein

ZWÖLF JAHRE CDU-FRAKTIONS-VORSITZENDER IM PLÖNER KREISTAG

Großer Dank und viel Lob für Thomas Hansen

Zwölf Jahre (2003 - 2015) hat Thomas Hansen die CDU-Kreistagsfraktion geführt. Eine lange Zeit - aber auch viel Zeit, die ein solches Ehrenamt erfordert. Mit viel Beifall bekundete die Fraktion ihren Dank, nachdem Thomas Hansen seinen Schritt, aus zeitlichen Gründen zurückzutreten, begründet hatte.

Er habe eine sehr gute Arbeit geleistet und auch bei unterschiedlichen Meinungen die Fraktion immer sehr gut und mit Fairness vertreten, so der stellv. Fraktionsvorsitzende Stefan Leyk. Die Fraktion bedaure seine Entscheidung, müsse sie aber respektieren.

Thomas Hansen habe mehr als ein Jahrzehnt das kommunale Geschehen des Kreises maßgeblich mitgestaltet und mitbestimmt, so Werner Kalinka. Er habe mit einer klaren Linie und Profil die Fraktion geführt.



Wegen der mit dem Amt eines Fraktionsvorsitzenden verbundenen hohen zeitlichen Belastungen sei sein Schritt nachvollziehbar, aber sehr bedauerlich.



Seit Jahrzehnten Anlaufstelle und Treffpunkt für Mitglieder und Bürger: Unsere CDU-Kreisgeschäftsstelle in Plön. Seit den Veränderungen im Jahr 2014 auch immer mehr ein Ort für Sitzungen und Veranstaltungen. Auch am Abend der Offenen Tür wurde bei bestem Sommerwetter in geselliger Runde wieder intensiv diskutiert und geklönt. Auf den Fotos (von links): Ulrike Michaelsen, Hilla Mersmann, André Jagusch, Simon Bussenius, Tade Peetz, Hans-Helmut Lucht, Malte Schildknecht, Thomas Hansen, Till Unger und Mechtilde Gräfin von Waldersee.



Sitzung des Fraktionsvorstandes im Mai 2015 in der Geschäftsstelle.



Schließung von Polizeistationen und Abstufungen sind ein bitterer Tag für die Sicherheit im Kreis

Als „bitteren Tag“ hat die CDU im Kreis Plön die Schließung der Polizeistationen in Probsteierhagen (Bild rechts unten) und Selent zum 1. April 2015 bezeichnet. **Pressesprecher Tade Peetz:** „Gegen die Meinung vieler Bürger und der kommunalen Familie zieht die Landesregierung etwas durch, von dem sie eigentlich wissen sollte, dass dies weder richtig noch notwendig ist. Weniger Polizeistationen, weniger Polizeibeamte - dies führt nicht zu mehr Sicherheit. Präventive polizeiliche Arbeit wird sich dadurch noch weiter verringern.“ Schon 2014 hatte die CDU-Kreistagsfraktion (Bild rechts) den Absichten der Landesregierung die „rote Kelle“ gezeigt.

Dass die Polizei-„Reform“ auch ansonsten mehr als eine organisatorische Veränderung sei, so Peetz, ergebe sich auch daraus, dass die bisherigen Polizei-Zentralstationen Lütjenburg, Schwentental und Schönberg ab 1. April 2015 zu Polizeistationen heruntergestuft würden und künftig nur noch nachgeordnete Dienststellen des Polizeireviers Plön seien.



Bau der neuen Kreisfeuerwehrzentrale kann beginnen / Feb. 2015

Grünes Licht im Kreistag (40 Ja-Stimmen) für den Bau der neuen Kreisfeuerwehrzentrale in Preetz, aber deutliche Kritik aus den Reihen der Abgeordneten - fraktionsübergreifend außer SPD - in Richtung Kreisverwaltung. Beim Grundsatz-Beschluss für den Neubau Ende 2012 war man von 5,2 Mio. Euro Kosten ausgegangen, inzwischen sind seitens der Kreisverwaltung 6,7 Mio. Euro veranschlagt. Kenntnis davon erhielt der Kreistag erst im Dezember 2014. Nach dem Beschluss vom Februar 2015 kann mit Ausschreibung und Bau gleichwohl begonnen werden. Die CDU-Kreistagsfraktion hat mit ihrem Ja ihre Unterstützung für die Feuerwehr zum Ausdruck gebracht, aber in der Debatte auch deutliche Kritik an der Kostenentwicklung / an der Kreisverwaltung geübt.

Polizei-„Reform“: Zu Lob besteht aus Plöner Sicht nun wirklich kein Anlass



„Zu Lob besteht nun wirklich kein Anlass“, so der CDU-Kreistagsabgeordnete Dieter Arp zur „Aufstufung“ der Polizeizentralstation Plön zum Polizeirevier und zum „Umschrauben“ des Namensschildes. Fest stehe: Im Kreis Plön gebe es künftig weniger Polizeibeamte, keine Polizeizentralstationen mehr und 6 Polizeistationen weniger.

Dass es im Kreis Plön noch ein Polizeirevier gebe, sei doch wohl das Mindeste. Arp: „Einst war der Kreis eine eigenständige Inspektion mit zwei Polizeirevieren.“ Nicht vergessen werden dürfe, dass auch der Umwelttrupp der Polizei in Plön aufgelöst worden sei.

Die Dominanz Kiels innerhalb der Polizeidirektion (Stadt Kiel, Kreis Plön), so Arp, sei inzwischen überdeutlich: In Kiel seien die Direktion, ein Bezirksrevier, 4 Polizeireviere, 10 Polizeistationen, die Bezirkskriminalpolizeiinspektion und die Kriminalpolizeistelle (in Plön eine Kriminalpolizeiaußenstelle). Auch wenn man berücksichtige, dass Kiel gut 100 000 Einwohner mehr als der Kreis Plön habe, könne die „Schieflage“ nicht übersehen werden. Während in Plön Polizeistationen aufgelöst würden, gebe es in Kiel neben den 4 Revieren noch 10 Polizeistationen.

Erstaunen müsse in dem Artikel der „Kieler Nachrichten“ vom 15. April 2015 auch der Hinweis auf die „Eimannstation“ in Selent. Bislang sei Selent eine Polizeistation mit drei Beamten gewesen.

Erstaunen müsse auch, wie die „Reform“ umgesetzt werde. In Selent sei zum 1. April 2015 die Station aufgelöst worden, um zu einem „Büro“ zu werden. Hintergrund sei, dass man in Lütjenburg derzeit gar keinen Platz für mehr Beamte habe. Arp: „Eigentlich löst man doch erst solche Fragen, bevor man eine Station auflöst.“ Und in Probsteierhagen gebe es seit dem 1. April 2015 keine Polizeistation mehr, obwohl die Räumlichkeiten weiter zur Verfügung stünden.

2. Einsatzhundertschaft Polizei: GdP und CDA einig

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert eine 2. Einsatzhundertschaft für die Polizei in Schleswig-Holstein. Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr gegenüber der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung: „Der aktuelle Zustand ist für die Beamten und ihre Familien nicht länger tragbar.“

So sieht es auch die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) Schleswig-Holstein. CDA-Landesvorsitzender Werner Kalinka: „Seit Jahren wird der (einzigen) festen schleswig-holsteinischen Einsatzhundertschaft aus Eutin Überstunden im fünfstelligen Stunden-Bereich abverlangt. Die Belastungen steigen immer mehr, ob durch Fußball-Profispiele, Demonstrationen, Gipfel-Treffen oder andere Einsätze. Jetzt kommen durch den Flüchtlingsstrom weitere Aufgaben hinzu.“

Dies ist nicht mehr zu leisten. Das Zusammenstellen weiterer Einsatzhundertschaften aus den Stationen vor Ort führt zu einem Sicherheitsverlust dort. Das geht nicht. Deshalb sollte endlich realisiert werden, was die CDA seit Jahren fordert: Eine 2. feste Einsatzhundertschaft der Polizei.“

Digitalfunk im Kreis 2016/2017 – Kreisfeuerwehrzentrale im Bau

Seit Anfang 2016 werden Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz im Kreis Plön mit Digitalfunk ausgestattet. Es ist geplant, etwa Mitte 2017 die arbeits- und zeitintensive Umrüstung abzuschließen. Der

bisherige analoge Funk steht zudem noch einige Jahre weiter zur Verfügung. Der inzwischen begonnene Bau der neuen Kreisfeuerwehrzentrale des Kreises Plön in Preetz soll im Herbst 2016 abgeschlossen werden.

Versorgungslücke bei Feuerwehren kann geschlossen werden

Seit Jahresbeginn 2015 besteht die Möglichkeit, dass sich Gemeinden an einem „Unterstützungsfonds“ der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse (HFUK) beteiligen, um Gesundheitsschäden von Feuerwehrangehörigen, die im Rahmen des Feuerwehrdienstes entstanden sind oder sich verschlimmert haben und nach der Sozialgesetzgebung keine entschädigungspflichtigen Arbeitsunfälle sind, unbürokratisch zu entschädigen.

Die Feuerwehr-Unfallkasse wird dazu alle Gemeinden anschreiben, um diesen eine entsprechende vertragliche Vereinbarung anzubieten. Der dafür zu entrichtende Versicherungsbeitrag beläuft sich pro Feuerwehrkamerad auf knapp 7 Euro pro Jahr.

Ausgelöst durch den Unfall eines Kameraden im Einsatz bei der Neuheikendorfer Feuerwehr, hatte der Heikendorfer **Kreistagsabgeordnete Tade Peetz** sich in dieser Sache engagiert. Schließlich wurde gemeinsam mit der Feuerwehrführung und der Unfallkasse diese Initiative auf den Weg gebracht und dieser „schlanke Weg“ auf der Vertreterversammlung der HFUK im November 2014 beschlossen. Angestrebt ist ein Fondsvolumen von 100.000 € pro Jahr. Die Leistungen sollen alle Versicherten rückwirkend ab 01.01.2015 erhalten, die ab diesem Tag einen Anspruch gehabt haben.

Tade Peetz: „Die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren müssen im Einsatz hundertprozentig abgesichert sein. Das sind wir ihnen schuldig.“

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag unterstützt die Einführung dieser ergänzenden Absicherung und empfiehlt den Gemeinden, mit der Feuerwehr-Unfallkasse eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Dies haben einige bereits getan, wie die Gemeinden Dobsersdorf und Heikendorf. Peetz: „Wir gehen davon aus und hoffen, dass sich viele andere Gemeinden und Städte an dem Unterstützungsfonds beteiligen.“



CDU-Kreistagsfraktion: Malte Schildknecht für Feuerwehren und Katastrophenschutz zuständig

CDU-Kreistagsabgeordneter Malte Schildknecht (Schellhorn) ist in der CDU-Kreistagsfraktion und gegenüber der Kreisverwaltung seit 2015 für die Themen Feuerwehren und Katastrophenschutz zuständig. Dies beschloss die CDU-Kreistagsfraktion. Malte Schildknecht ist aktiver Feuerwehrmann. Er ist erreichbar unter 04342/858398, mobil unter 0163/2647450 oder per Mail unter malte.schildknecht@cdu-kreis-ploen.de - sprechen Sie ihn gern an.

Unternehmensverband und CDU: Viel Übereinstimmung

Ein hohes Maß an Übereinstimmung haben der Unternehmensverband Ostholstein-Plön e.V. (UV) und der CDU-Kreisverband bei einem Gedankenaustausch in Plön verzeichnet. „Für den Kreis Plön ist nicht nur Kiel ein Partner, sondern auch Ostholstein. Eine einseitige Kiel-Fixierung des Kreises Plön wäre nicht sachgerecht“, so UV-Vorstandsvorsitzender Werner Süß und CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka. Es gebe zwischen den beiden Landkreisen eine Vielzahl gemeinsam berührender Themen und Interessen.

Gute Nachbarschaft zwischen Kiel und dem Kreis müsse im Übrigen durch die Landeshauptstadt nicht nur erklärt, sondern auch praktiziert werden, sagten beide mit Blick auf das Beispiel Ostseepark Schwentinental.: „Wir haben die besondere Situation der beiden Zentren Kiel und Lübeck mit ihren Umlandgemeinden in den Kreisen Plön und Ostholstein im Blick und kümmern uns um die Interessen der dort ansässigen Wirtschaft“, ergänzt UV-Geschäftsführer Eberhard Rauch.

Der Unternehmensverband und der CDU-Kreisverband vereinbarten, den Gedankenaustausch fortzusetzen. Relevante Themen seien die Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft, die seit Jahren ständige Steigerung der Strompreise, die ständig wachsende Flut an Vorschriften, die vor allem die kleineren Betriebe belastete, die Arbeitsschutzbedingungen, sowie eine Realisierung und Förderung des Breitbandausbaus, bei dem auch vor allem Bund und Land gefordert seien. (20. Januar 2015)

Von 2007 bis 2014 stieg der Strompreis um 43%

„Energiewende in Deutschland - Chancen und Risiken“ - ein sehr interessanter Diskussionsabend mit kompakten Informationen am Runden Tisch in der Kreisgeschäftsstelle. Um rd. 43%, so der stellv. CDU-Kreisvorsitzende Thomas Hansen eingangs, sei in Deutschland von 2007 bis 2014 der Strompreis durchschnittlich gestiegen. Wirtschaftlich, aber auch sozialpolitisch eine beachtliche Steigerung. Habe 2007 jeder Haushalt rd. 962 Euro für Strom ausgeben müssen, seien dies 2014 schon rd. 1422 Euro gewesen.

Es sei kaum zu erwarten, dass das Klimaschutzziel der Reduzierung der Treibgase um 40% auf der Basis des Wertes von 1990 bis zum Jahr 2020 erreicht werde, obwohl es inzwischen bereits einen Anteil von gut 25% an erneuerbaren Energien beim Strom gebe. Ein Wert, der noch vor 20 Jahren von vielen sehr skeptisch gesehen worden sei.

Verantwortliche Energiepolitik, so Hansen, habe den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit wie der Versorgungssicherheit als entscheidende Parameter. Dies gelte natürlich auch für die Energiewende. Es gebe schwierige Probleme, wie zum Beispiel den Transport des Stroms und die Frage nach den Kosten bei der Gewinnung von Windenergie auf See. Die Folgen bei fehlenden Stromtrassen durch Deutschland könnten zu unterschiedlichen Strompreisen in Nord- und Süddeutschland führen. (Juli 2015)

In der „Alten Diele“ in Schönberg ging es vor allem um Europa und Finanzen

Ausführlich und fundiert informierte Ralph Brinkhaus, stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, in Schönberg vor knapp 40 Gästen in der „Alten Diele“ im „Hotel Am Rathaus“ auf einer Veranstaltung von MdB Dr. Philipp Murmann und des CDU-Kreisverbandes Plön vor allem zu aktuellen europa- und finanzpolitischen Themen. Griechenlandkrise, die Stabilität des Euro und die Chancen und Herausforderungen in der Europäischen Union waren wichtige Stichworte für eine angeregte Diskussion, aber auch die aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik kamen zur Sprache. (Juli 2015)



Solide Finanzen bleiben Richtschnur für die CDU in der Haushaltspolitik für den Kreis Plön

Im Mittelpunkt der CDU-Haushaltsaussagen steht die Forderung nach solider Finanzpolitik. Der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, **Thomas Hansen** und der finanzpolitische Sprecher **Malte Schildknecht**:

„Durch die Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) zugunsten der kreisfreien Städte durch SPD/Grüne/SSW verliert der Kreis Plön rund 4,9 Mio. Euro an Zuweisungen des Landes. Zusätzlich belasten vor allem weiter steigende Ausgaben für die soziale Sicherung nach dem zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII) und dem Asylbewerberleistungsgesetz den Kreishaushalt. Es gibt also wenig Spielraum, zumal die konjunkturelle Entwicklung und damit auch die öffentliche Haushaltsentwicklung deutlich zurückhaltend eingeordnet werden müssen.“



Thomas Hansen, Malte Schildknecht: Etatlage bleibt ernst

Zwar weist der Verwaltungsentwurf für den Kreishaushalt 2015 ein Plus von 500.000 Euro im Ergebnisplan aus, jedoch ist für 2016 erneut ein Defizit zu erwarten. Zudem ist der Kreis mit mehr als 40 Mio. Euro belastet.

Den größten Brocken bei den Investitionen 2015/2016 mache der Neubau der Kreisfeuerwehrzentrale aus. Der Kostenrahmen ist seitens des Kreistages auf 5,2 Mio. Euro begrenzt. Neue Kostenschätzungen gehen allerdings von 7 Mio. Euro aus. Die Beantragung von Haushaltsmitteln für die Planung einer Stadtreionalbahn Kiel durch SPD, Grüne, FWG und UWG lehnt die CDU ab. **Für die Stadtreionalbahn werden am Ende bislang rd. 380 Mio. Euro Kosten veranschlagt**, an denen die kommunale Familie sich beteiligen müsste. Malte Schildknecht: „Wir unterstützen die Verbesserung von Busverbindungen und haben dies seit September 2013 beantragt.“

Auszug aus den Beschlüssen der Kreistagsfraktion:

- **Radwege weiterbauen:** Wir setzen uns weiter für

den Radwegebau in Blekendorf und fordern das Land auf, Radwegemittel nicht zu kürzen.

- **Investitionen in Schulen:** Die Ausstattung der kreis-eigenen Schulen bleibt für unsere Fraktion ein Schwerpunkt. Notwendige Investitionen sind zu tätigen, Baumängel sind in Absprache mit den Schulen zu beheben.

- **Mehr Verkehrssicherheit:** Wir befürworten eine Erhöhung um 25.000 € für die Unterhaltung der Kreisstraßen, damit zum Beispiel die Grün- und Baumschnittarbeiten wieder in bewährter Weise durchgeführt werden können.

- **Verlässlicher Partner für Vereine und Verbände:** Garantieverträge geben Planungs- und Handlungssicherheit. Die Initiative zum Modell der Garantieverträge ging 2003 von der CDU aus. Wir setzen uns in 2015 dafür ein, dass auch die Sommer-Kunstaussstellung in Plön, der Kunstkreis Preetz und das Papiertheatertreffen eine dreijährige Förderzusage bekommen.

- **Rettungsdienst:** Die Schaffung eines Rettungswagenstützpunktes im Ortsteil Seekrug in der Gemeinde Giekau ist ein Beitrag zur Stärkung der rettungsdienstlichen Versorgung in der Region Lütjenburg.

- **Kulturförderung setzt Akzente:** Gezielte und abgewogene Einzelmaßnahmen unterstützen unsere kulturelle Vielfalt im Kreis Plön, wie zum Beispiel für das Künstlermuseum in Heikendorf und die Crown Hunter Pipes & Drums in Schwartbuck.

- **Sportförderung:** Auch Sportvereine in Kommunen, die die durchschnittlichen Nivellierungssätze bei den Steuerhebesätzen unterschreiten, sollten zukünftig Förderung für Sportanlagen vom Kreis bekommen. Damit schließen wir eine Gerechtigkeitslücke.

- **Einsatz für Umwelt und Natur:** Mit Initiativen wie „Nein zu Fracking“ und in der Förderung von Vereinen wie z.B. Wasser-Otter-Mensch wird das Umwelt- und Naturschutzengagement beispielhaft deutlich.

- **Im sozialen Bereich sind wir engagiert.** Wir unterstützen alle notwendigen Maßnahmen für Asylsuchende, die wegen politischer Verfolgung bei uns Schutz suchen. Wir haben dazu Vorschläge unterbreitet und unterstützen entsprechende Konzepte.

- **Gemeinschaftsunterkunft:** Die Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende in Plön wird unterstützt. Das Land trägt 70 Prozent und der Kreis 30 Prozent der Kosten.

CDU: Schulden abbauen, Kreisumlage senken

Die CDU-Kreistagsfraktion spricht sich dafür aus, künftige Mehreinnahmen des Kreises durch die Gewerbesteuer für den Schuldenabbau und die Senkung der Kreisumlage wieder auf 35%, also eine Senkung um 1 Prozentpunkt, zu verwenden. Die Mehreinnahmen bieten die Chance, die derzeit bei etwa 60 Mio. Euro liegende Verschuldung des Kreises zu reduzieren.

Zudem hat die CDU-Kreistagsfraktion für die Kreistagsitzung am 9. Juli 2015 beantragt, die noch in diesem Jahr in Höhe von 617 000 Euro zur Verfügung stehenden zusätzlichen Finanzausgleichsgesetz-Mittel (FAG) **zu je 1/3 für einen flexibleren ÖPNV (Ruf-Busse), schnelleres Internet (Breitbandanbindung von Schulen und Kitas) und Straßenunterhaltung zu verwenden.**

Konsolidierungsvertrag, Haushalt 2016 und Stellenplan vom Kreistag verabschiedet

Wichtige Entscheidungen für das kommende Jahr, aber auch darüber hinaus, hat der Kreistag am 3. Dez. 2015 getroffen. Dazu zählen folgende Schwerpunkte:

Konsolidierungsvertrag: Nachdem die Forderung der CDU, die Kosten für die Flüchtlinge beim Schuldenabbau seitens des Kreises nicht kompensieren zu müssen, auch von der SPD/Grünen/FWG-Koalition akzeptiert wurde, hat die CDU-Kreistagsfraktion dem entsprechenden Vertragsvorschlag gegenüber dem Land zugestimmt. Wird diese Bedingung vom Innenministerium akzeptiert, kann der Vertrag in Kraft treten. Bislang hat der Kreis übrigens nur einmal eine Konsolidierungs-Zuwendung des Landes bekommen, nämlich für das Jahr 2011.

Die Aussage der CDU vom Sommer des Jahres, im Kreishaushalt 2016 sei eine schwarze Null möglich, hat sich bestätigt. Trotz deutlicher Mehr-Aufwendungen für Flüchtlingskosten und neue Stellen ist der Kreis-Haushalt 2016 noch nahezu ausgeglichen. Allerdings ist die Entwicklung für 2016 nicht sicher abschätzbar, vor allem ist sie abhängig von den Flüchtlingskosten.

Haushalt 2016: Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich bei der Abstimmung im Kreistag enthalten. Maßgeblich für diese Haltung ist, dass sich zwar nicht alle unsere Positionen, aber doch eine Reihe von Aussagen und Forderungen im Haushalt widerspiegeln: Insbesondere zu den Schulen, wo weiter investiert wird (mehr als 2 Mio. in 2016), zur Kultur (Kulturkonferenz, Kulturförderung), zum ÖPNV (bessere Busverbindungen, Rufbusse, Fördeschiffahrt), nachhaltige Sozialpolitik (rd. 18 Mio. Euro des rd. 60-Mio.-Euro-Sozialhaushaltes für gesetzliche Hilfen, also pflichtige Aufwendungen, kommen vom Kreis), Unterstützung der Wohlfahrtsverbände, Tafeln und Familienzentren, aktive Förderung von Vereinen und Verbänden (Dreijahres-Verträge zur Planungssicherheit; Unterstützung Übungsleiter; Unterstützung des Kreises bei Investitionen in Sportstätten ist nicht mehr von örtlichen Hebesätzen abhängig),

aktive wirtschaftliche Entwicklung, Förderung der Wirtschafts-Förderungs-Agentur (WFA) und des Gewerbe- und Technik-Zentrums (GTZ), Radwege- und Straßensanierung, Begleitung der Flüchtlingssituation.

Die CDU-Kreistagsfraktion bleibt bei ihren Zielen: Rückgängigmachung der Erhöhung der Kreisumlage, Abbau der Schulden des Kreises (rd. 43 Mio. Euro).



CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Kalinka, Hauptausschussvorsitzender Stefan Leyk und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Malte Schildknecht

Stellenplan: Die Anforderungen durch die Landrätin für 2016: 26,75 Stellen = jährlich künftig rd. 1,2 Mio. Euro Personal- und Versorgungskosten. Diese Belastung ist finanziell zu hoch. Zudem muss es möglich sein, innerhalb der Verwaltung bei Bedarf zumindest zeitweilig Gewichtungen zu verändern. Entsprechend hat die CDU votiert und Einsparvorschläge unterbreitet, zum Beispiel keine Stellenausweitung bei der Standesamtsaufsicht und beim Katastrophenschutz oder keine sofortige Freigabe aller gewünschten Stellen bei den Flüchtlingsaufgaben, sondern erst nach Beratung im Kreistag aufgrund der Entwicklung. Haushalt und Stellenplan sind originäre Entscheidungen, die der Kreistag – nach wirklicher Notwendigkeit und Abwägung – zu treffen hat.

Sogar die SPD/Grünen/FWG-Koalition war nicht bereit, allen Stellenplanvorschlägen der Verwaltung zu folgen. Im Hauptausschuss gab es bei mehreren Abstimmungen keine Unterstützung für die Verwaltungsvorlage.

DER VON F. J. STRAUSS EINGEFÄDELTE MILLIARDENKREDIT SORGTE FÜR VERÄNDERUNGEN

1364 Kilometer Stacheldraht-Grenze trennten einst Deutschland / Zeitzeugen berichten

Es sollte nach dem Willen der SED-Machthaber möglichst niemand das menschenverachtende Bollwerk überwinden können. 1364 Kilometer lang war die Grenze, die Deutschland über Jahrzehnte nicht nur trennte, sondern für Hunderte Menschen auch zur Todesfalle wurde.

Eindrucksvoll waren die Bilder und Worte, mit denen die Zeitzeugen Dieter Schmidt und Wolfgang Kniep die Zuhörer im vollbesetzten Restaurant „Bosna“ in Laboe aus Anlass von 25 Jahren Deutsche Einheit auf einer CDU- und CDA-Veranstaltung beeindruckten. Schmidt hatte als Zollbeamter im Lauenburgischen seinerzeit Dienst getan, der ehemalige Lehrer Kniep wohnte und wohnt im ehemaligen „Sperrgebiet“ in Leisterförde im Kreis Ludwigslust-Parchim.

Weil viele Menschen es in der DDR nicht mehr ausgehalten hatten und schon geflüchtet waren, ließen Ulbricht („Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“) und Genossen 1961 nicht nur die Berliner Mauer bauen, sondern versuchten auch mit kaum vorstellbaren Mitteln, die Grenze zur Bundesrepublik undurchdringlich zu machen: Stacheldraht, Metallgitterzäune, Minen, Panzersperren, Selbstschussanlagen, Hundelaufanlagen und ca. 1000 Betonbunker (Wachtürme) prägten über Jahrzehnte das Bild an der Grenze.

Michael Gartenschläger, der in den Westen geflohen war, wurde 1976 bei dem Versuch, eine Selbstschussanlage abzubauen, von einem Kommando des Ministe-

riums für Staatssicherheit (MfS) ohne Vorwarnung von DDR-Seite aus erschossen.

1984 / 1985 wurden die Selbstschussanlagen auf Honecker-Anweisung abgebaut. Dies geschah in Folge des Milliardenkredites, den Franz-Josef Strauß mit der DDR ausgehandelt hatte. Strauß und die Bundesregierung hatten im Gegenzug den Abbau der Anlagen und menschliche Erleichterungen verlangt.

Sperrzonen (500 Meter breit) und Sperrgebiete (5 Kilometer) gab es bis 1989 auf DDR-Seite, die scharf kontrolliert wurden und nur mit Passierscheinen betreten werden durften. Selbst wenn Kinder die Eltern besuchen wollten. **Viele „Grenzaufklärer“ und Soldaten waren so streng „linientreu“, dass sie nicht einmal den Gruß der Beamten des Grenzschutzes von der Westseite aus erwiderten.** Sogar nach Grenzöffnung im November 1989 änderten viele ihr Verhalten nicht. Davon, auch dies wurde eindrucksvoll deutlich, ließen sich aber alle anderen Bürger den Jubel über die Grenzöffnung, die Freiheit und die Freude über das Wiedersehen mit Verwandten und Freunden nicht schmälern.

Hans-Helmut Lucht und Werner Kalinka: „Wir haben von den Zeitzeugen eindrucksvoll die damalige Wirklichkeit geschildert bekommen. Die Freiheit hat sich durchgesetzt. Weil die Menschen in der ehemaligen DDR das Unrecht nicht mehr aushielten und Gorbatschow die Einheit zuließ.“



Vor der Karte mit der Grenze, die einst Deutschland trennte: Peter Kuhn, damals Zöllner im Lauenburgischen, die Zeitzeugen Wolfgang Kniep und Dieter Schmidt, Kreisvorstandsmitglied Hans-Helmut Lucht und Werner Kalinka (von links)

Wie kann die Attraktivität der CDU als Volkspartei gesteigert werden?



v.li.: Werner Kalinka, Dieter Westphal, André Jagusch, Corinna Böhm, Georg Biss, Karin Liebig, Hans-Jochen Mannitz, Joachim Schmidt

Wie kann die Attraktivität der CDU als Volkspartei gesteigert werden? Welche Themen müssen stärker beachtet werden? Wie kann mehr Interesse an der politischen Arbeit geweckt werden? Lebhaft und offen diskutierte die CDU Bösdorf auf ihrer Jahreshauptversammlung, nachdem CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka zur „Volkspartei CDU“ eingeführt hatte. Auch Kreisgeschäftsführer André Jagusch beteiligte sich engagiert - vor allem zur jungen Generation - an der Diskussion.

Zuvor hatte die CDU Bösdorf nach den Berichten des Vorstandes und von Bürgermeister Joachim Schmidt, der vor allem die bauliche, demografische und finanzielle Entwicklung der Gemeinde ansprach, den Vorstand neu gewählt. Ortsvorsitzender bleibt Georg Biss, desgleichen Stellvertreterin Karin Liebig, Schatzmeister Hans-Jochen Mannitz und Schriftführer Dieter Westphal. Neue Beisitzerin ist Corinna Böhm. Fast alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Kalinka hob die Grundlagen der CDU hervor. Wirtschaft und Soziales seien die Säulen der CDU-Politik, es sollte wieder mehr über Werte gesprochen werden. Die CDU müsse die Volkspartei der Mitte bleiben. Sie müsse eine „echte Diskussion über Inhalte und Positionen“ führen. 2012 habe die CDU Schleswig-Holstein mit 30,8 % ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis seit 1950 gehabt. Kalinka: „Dies muss aufgearbeitet werden. Die Bürger erwarten, dass wir sagen: wir haben verstanden.“

In der knapp zweistündigen Diskussion wurde eine Vielzahl von Aspekten angesprochen. Stichworte aus der Diskussion, die zu konkreten Ergebnissen auch vor Ort führen soll: „Die CDU muss das Soziale deutlicher machen“, „wir müssen viel mehr die Jugend ansprechen“, „Bildungspolitik ist bei der Landesregierung zur politischen Spielwiese geworden“, „die Haupt- und Realschule sind schlecht geredet worden“, „beim Ehrenamt steht man oft allein da“, „von eingefahrenen Wegen abkommen“. Weitere Themen: die Verkehrsverbindungen und Arbeitsmöglichkeiten in der Region. Die CDU Bösdorf überlegt, künftig regelmäßig bürgeroffene politische Gesprächsrunden anzubieten.

Der Kreisvorstand der CDU im Kreis Plön hat mehrfach das Thema Volkspartei CDU diskutiert. Auf der Sitzung vom 21. August 2014 beschloss er einstimmig, einen umfangreichen CDA-Antrag dazu zu unterstützen. Dieser wurde dem Landesparteitag am 15. November 2014 vorgelegt und von Werner Kalinka begründet. Der CDU-Landesparteitag beschloss einstimmig, dass der Antrag Bestandteil der weiteren CDU-Beratungen ist. Der Text ist auf unserer Homepage abrufbar bzw. von der Kreisgeschäftsstelle erhältlich. Anregungen und Kritik sind willkommen.





Nein zu Fracking: CDU im Kreis voll präsent

Das Motto der Anti-Fracking-Demonstration am 17. Mai 2014 in Prasdorf war „Die Probstei erhebt sich“ – und die CDU im Kreis Plön zeigte starke Präsenz. Die CDU-Vertreter waren wie rd. 500 andere Teilnehmer der Einladung der örtlichen Wählergemeinschaft gefolgt, um gegen das Vorhaben des Unternehmens PRD Energy GmbH, dieses Gebiet nach Restlagerstätten zu erkunden, zu protestieren. „Zur Unterstützung hatten wir dazu extra eine Kampagne „NEIN ZU FRACKING!“ mit Plakaten, im Mitglieder-Infobrief und Aufrufen bei Facebook gestartet“, so CDU-Pressesprecher Tade Peetz.

Der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka, einer der Redner auf der Veranstaltung, der den Demonstrationzug mit anführte, freute sich, dass viele Mitglieder aus den umliegenden Ortsverbänden, aus dem Kreisvorstand und der CDU-Kreistagsfraktion nach Prasdorf gekommen waren: „Daran zeigt sich das hohe Engagement der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker, sich für eine unversehrte Umwelt und für die Interessen der Menschen in ihren Heimatorten einzusetzen.“

In seiner Rede warnte er vor den Gefahren für Wasser, Natur und Landschaft durch Fracking. Deshalb das klare NEIN zu Fracking. Dies sei auch ein Gebot der Generationenverantwortung. Kalinka: „Nicht nur unsere, sondern auch die nachfolgenden Generationen sollen in unserer schönen Probsteier Landschaft gesund aufwachsen können.“

Schon im April 2013 habe die CDU im Kreis sich gegen Fracking positioniert. Notwendig sei entschlossenes Handeln der Landesregierung und eine Änderung des Bergbaurechts. Kalinka übergab an den Prasdorfer Bürgermeister Matthias Gnauck eine Liste mit den Unterschriften aller Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion.



Fracking: 4-Punkte-Antrag der CDU-Kreistagsfraktion

Die Plöner CDU-Kreistagsfraktion spricht sich für ein vollständiges Fracking-Verbot aus. CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Kalinka: „Wir haben uns von Anfang an klar gegen Fracking positioniert. Angesichts des laufenden Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag und der für unsere Region durch Fracking verbundenen Gefahren, ist jetzt der Zeitpunkt, dies erneut klar zu machen. Der Kreis Plön muss seine Stimme deutlich erheben.“ Zudem befürwortet die CDU-Kreistagsfraktion, Gemeinden des Kreises, die sich rechtlich gegen Fracking-Planungen zur Wehr setzen, seitens des Kreises zu unterstützen.

Für den Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft am 26. Mai, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus am 17. Juni 2015 und den Kreistag am 9. Juli 2015 hat die CDU-Kreistagsfraktion einen entsprechenden 4-Punkte-Antrag eingebracht.

1. Der Plöner Kreistag spricht sich angesichts des laufenden Gesetzgebungsverfahrens im Bundestag nachdrücklich für ein vollständiges Fracking-Verbot aus. Fracking gefährdet Lebensgrundlagen für Mensch, Natur, Umwelt, Landwirtschaft, Wirtschaft und Tourismus. Der Kreistag appelliert an die Bundestagsabgeordneten, ein vollständiges Fracking-Verbot zu beschließen.
2. Kommunen, die sich gegen Frackingplanungen im Kreis Plön rechtlich zur Wehr setzen, erhalten - sofern gewünscht - Unterstützung des Kreises. Die Kreisverwaltung wird gebeten, hinsichtlich diesbezüglicher Beratungs- und Begleitungsmöglichkeiten einschließlich einer möglichen finanziellen Unterstützung der Kommunen den Ausschüssen und dem Kreistag Vorschläge vorzulegen.
3. Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung, das Gesamtinteresse unserer Regionen und unseres Kreises, Fracking zu verhindern, darzulegen. Auch erwartet der Kreistag Aussagen der Kreisverwaltung, ob und ggf. welche Folgerungen aus der Veranstaltung am 29. Januar 2015 gezogen wurden bzw. gezogen werden sollten.
4. Alle Beschlüsse des Kreistages sind dem Bundestag, der Bundesregierung, dem Schleswig-Holsteinischen Landtag, der Landesregierung und allen betroffenen Behörden zu übermitteln.

Wir werden uns weiter gegen Fracking engagieren

Gibt es Möglichkeiten, die Gemeinden im Kampf gegen Fracking seitens des Kreises zu unterstützen? Ja. Zum Beispiel durch rechtliche Beratung. Würde Fracking dem Kreis Plön schaden? Ja. Vor allem dem Tourismus, der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. **Dies sind Ergebnisse aus dem Bericht der Kreisverwaltung, der auf CDU-Initiative dem Plöner Kreistag vorgelegt wurde (Sitzungsvorlage 102/15).** Kreistagsabgeordnete Dr. Regine Niedermeier-Lange: „Eine gute Hilfe. Wir

werden uns weiter gegen Fracking engagieren.“ Das Nein zu Fracking hat der Kreistag am 9. Juli 2015 auf CDU-Initiative auch gegenüber Bund und Land deutlich gemacht. Ein besonderer Dank gilt der Bürgerinitiative „Frackingfreier Kreis Plön“ für ihren engagierten und sehr sachkundigen Einsatz.



Dr. Regine Niedermeier-Lange

Eine Stadtregionalbahn ist weder notwendig noch finanzierbar

CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka und Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen Ende Nov. 2014:

1. Eine Stadtregionalbahn (SRB) ist weder notwendig noch finanzierbar. **Mindestens 380 Mio. Euro sind für die Baukosten zu veranschlagen.** Neben einer Beteiligung daran kämen auf den Kreis Plön jährlich mehrere Millionen Euro laufende Betriebskosten hinzu. Allein für den Streckenabschnitt Kiel - Schönberg wird derzeit mit mindestens 1,7 Mio. Euro jährlichem Zuschussbedarf für die öffentliche Hand gerechnet.

2. Wie Kiels Ex-Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke (SPD) zutreffend bemerkte, **geht es bei der Stadtregionalbahn um ein grünes Lieblingsprojekt.** Hier macht die SPD aber mit, da sie mit den Grünen im Land und im Kreis in einer Koalition steht. Es geht bei Rot-Grün beim Thema SRB weniger um die Sache als darum, knallhart ein langjähriges Ziel von Bündnis 90/ Die Grünen durchzusetzen.

3. Haushaltsmittel stehen auch für den ÖPNV nur begrenzt zur Verfügung. **Straßensanierungen und der Bau von Radwegen sind bei Rot-Grün erkennbar kein Prioritäten-Thema.** Finanzmittel dafür stehen entweder unzureichend oder gar nicht mehr zur Verfügung. Stattdessen soll das Geld in ein deutlich weniger notwendiges Bahnprojekt wie die SRB gehen.

4. Die Bahn ist im Gegensatz zum Bus keine flächendeckende Lösung für den ländlichen Raum. Ohne Busse kämen viele Bürger

gar nicht erst zu Bahn-Haltepunkten. **Die CDU hat seit 2013 Initiativen und Anträge im Kreistag Plön gestartet, um den ÖPNV weiter zu verbessern. Sie wurden bislang von SPD/Grünen/FWG abgeblockt oder verzögert.** Wir werden in der Dezember-Sitzung des Kreistages erneut entsprechende Anträge zur Entscheidung stellen.

5. **Werden die Bahn-Pläne Wirklichkeit, sind Bürger und VKP deutliche Verlierer.** Die sehr gut ausgelastete, schnelle und auch finanziell für die VKP wichtige Bus-Strecke Schönberg - Kiel würde ausgedünnt werden. Während der Bus 28 Haltepunkte bedient, hätte die Bahn 4. An mehreren einwohnerstarken Orten auf dem Ostufer würde die Bahn ohnehin vorbeifahren.

6. **Durch die Landesstraße von Kiel nach Schönberger Strand und die B 502 sind das Ostufer und die Probstei nach Kiel schon jetzt und seit langem verkehrlich gut angebunden.**



NEIN zur Stadtregionalbahn!

JA zu soliden Finanzen & guten Busverbindungen!

Herzlichen Glückwunsch, VKP, zum 50. Geburtstag!

Die VKP feiert 50. Geburtstag! Trotz hochsommerlicher Temperaturen kamen aus diesem Anlass viele Besucher zum Tag der Offenen Tür in den VKP-Betriebshof Lütjenburg, darunter für die CDU-Kreistagsfraktion Gerd-Dieter Arp, Thomas Hansen und Werner Kalinka. Viel wurde geboten, darunter eine große Fahrzeugshow, Bus-Oldtimer, die VKP-Bus-

schule, die große Drehleiter der Freiwilligen Feuerwehr Lütjenburg, eine Ausstellung zum Thema Bus und natürlich kühle Getränke und Gegrilltes. Musikalisch begleitet wurden die fünf Stunden von der Show-Brass-Band Heikendorf und der Bigband des Gymnasiums Lütjenburg. (Juli 2015)

7. Der Kreis Plön verliert durch die von SPD/Grünen/SSW im Land verordnete Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) rund 5 Millionen Euro. Gewinner sind die kreisfreien Städte, also auch Kiel. Kiel soll nach rot-grünem Willen rd. 5 Mio. Euro Kosten (70%) für den 1. Planungsschritt für die SRB finanzieren. **Was seitens Kiel und rot-grün als „großzügig“ dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eine vorherige stille Umverteilung zu Lasten des Kreises Plön.**

8. Der Kreis Plön kann keine Finanzierung für andere Kommunen übernehmen. Dies gilt auch für Kiel. **Finanztransfers für im Kieler Interesse stehende Projekte wären mit den Grundsätzen verantwortungsvollen finanziellen Handelns eines Kreises nicht vereinbar.** Die Kreiskasse ist im Übrigen nicht dafür da, rot-grüne Prestigeprojekte zu finanzieren.

9. Nach dem Willen von SPD/Grünen/ FWG soll aus Steuergeld (lt. Vereinbarung Teil der „Planungskosten“) eine breit angelegte „Informationskampagne“ zur SRB gestartet werden.

Dies ist der Versuch einer Bürgerbeeinflussung mit Steuergeld.



Karikatur: Tade Peetz

10. Wir haben mit Interesse gelesen, dass in Kiel eine Bürgerbeteiligung in absehbarer Zeit vorgesehen ist, in den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde soll diese aber erst frühestens etwa 2020, wenn nach dem rot-grünen Willen schon der erste Spatenstich erfolgt ist, stattfinden. **Wir stellen uns eine faire Bürgerbeteiligung anders vor, unser demokratisches Verständnis sieht anders aus und wir behalten uns entsprechende Initiativen vor.**

11. Seit Beginn der Koalition von SPD/Grünen/ FWG im Juni 2013 ist deutlich, dass es ihnen allein um die Durchsetzung ihrer Ziele geht. **Solch eine Form der Machtpolitik hat es zuvor im Plöner Kreistag nicht gegeben. Es ist unglaublich, dass Rot-Grün/ FWG seit einem Jahr über die SRB hinter dem Rücken des Kreistages verhandelt hat.** Diese Art von Geheimpolitik ist mit Transparenz und fairem, pfleglichem Verständnis kommunaler Arbeit nicht vereinbar.

12. „Die LVS (Landesverkehrsgesellschaft) soll die Koordinierung des Planungsprozesses auf vertraglicher Basis mit den beteiligten Gebietskörperschaften und dem Land übernehmen“, so die am 7. November 2014 in Kiel vorgestellte „Vereinbarung“. **Damit soll sichergestellt werden, dass „wackelige“ rot-grüne Mehrheiten im Kreistag bedeutungslos werden und der Prozess über die vom Land gesteuerte LVS erfolgen kann.** Wirtschaftsminister Meyer (SPD) wird sich dazu äußern müssen, ob er und/oder sein Haus - an den legitimierten Kreis-Gremien vorbei - seit geraumer Zeit mit der Plöner SPD/Grünen/FWG-Koalition zum Thema SRB-Planungen in Kontakt standen.

Gaschke: Stadtreregionalbahn ist Unfug

Mehr als deutlich hat die frühere Kieler Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke (SPD) in ihrem Buch „Volles Risiko“ (2014 erschienen) mit dem Projekt Stadtreregionalbahn (SRB) abgerechnet. Sie habe sich

„am Anfang ihres Weges“ nicht stark genug gefühlt, „um diesen Unfug zu kippen“. Im Prinzip wisse jeder, dass eine SRB weder zwingend nötig noch zu bezahlen sei. Sie nennt das Projekt ein „Programmtrümmer“ aus „rot-grüner Fortschrittspolitik“.

Super-Resonanz auf Rufbus-Modell

Rund 120 Gäste und viel Zustimmung: Super-Resonanz auf die Vorstellung des Rufbus-Modells, zu dem CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka und Heikendorfs Bürgermeister Alexander Orth (SPD) in den „Irrgarten“ nach Probsteierhagen eingeladen hatten. Schon der vollbesetzte Saal zeigte: Ein Thema, was viele Bürger interessiert. Sehr stark vertreten war auch die kommunale Familie mit zahlreichen Repräsentanten aus den Städten und Gemeinden. Mit Amtsvorsteher Eckhard Jensen („Ran an den Speck“) waren sich die Zuhörer einig: Jetzt muss es an die Umsetzung gehen!

Thomas Brechtel, geschäftsführender Gesellschafter des europaweit in der Logistik führenden Technologieunternehmens FLS, präsentierte das Konzept. Mit dem System können in Echtzeit attraktive, flexible Beförderungsangebote, anpassbar auf den jeweiligen Bedarf, gemacht und damit Verbindungen deutlich optimiert werden. Der Bürger wird an seiner Haustür abgeholt, was nicht nur mehr ÖPNV-Attraktivität, sondern auch mehr Sicherheit bedeutet.

Zielgruppe sind alle Bürger, vor allem aber jene, die kein Auto haben oder auf ein solches verzichten wollen. Ein Modell für alle Generationen und zudem eine Antwort auf den demografischen Wandel. Gemeinden und Regionen können besser und flexibler angebunden werden. Ein sehr attraktives Angebot auch für „Querverbindungen“ wie zum Beispiel zwischen Heikendorf und Schönkirchen. Umsetzbar - und mit Sicherheit gleichfalls interessant - wären zum Beispiel auch Verbindungen aus dem Kreis Plön nach Kiel, Neumünster oder Eutin.

Nach Aussage von VKP-Geschäftsführer Friedrich Scheffer braucht auch die VKP neue Angebote („Stichwort alternative Bedienungsformen“), um die Attraktivität zu steigern. Natürlich sei dies auch mit Kosten verbunden: „Das alles wird es nicht umsonst geben.“ Scheffer hob die Chancen des Modells dort hervor, „wo ein normaler Bus sich nicht rechnet“. Er ermunterte: „Ich würde mich sehr freuen, wenn die Politik des Kreises den einen oder anderen Euro in die Hand nimmt, um in überschaubarer Zeit zu einem ÖPNV-Konzept zu kommen, was dem Kreis Plön gerecht wird.“

In der lebhaften Diskussion wurden zahlreiche Aspekte angesprochen: Der Preis, die Funktionsweise des Systems, das Zusammenwirken mit der VKP, eine mögliche Zeitachse zur Umsetzung dieses Projekts sowie die Begleitung durch Land und Bund. Denn: Das ÖPNV-Modell könnte natürlich auch in anderen Regionen und Kreisen umgesetzt werden. Werner Kalinka und Alexander Orth: „Mut zur Innovation. Dieses Modell hat Zukunft. Lasst uns gemeinsam einen deutlichen Schritt machen, um den ÖPNV zu flexibilisieren und zu stärken.“ (Februar 2015)



Friedrich Scheffer, Alexander Orth, Werner Kalinka, Thomas Brechtel (v.li.)



Kreis Plön genau richtig für ein Rufbus-System!

„Der Kreis Plön ist genau richtig für ein Rufbus-System“, so der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kalinka zu Äußerungen von Verkehrs-Staatssekretär Dr. Frank Nägele bei einem Besuch in Heikendorf, dass der Kreis Plön als Modellregion möglicherweise nicht so gut geeignet sei. Seit FLS, Bürgermeister Alexander Orth (SPD) und er im November 2014 das Rufbus-Modell vorgestellt hätten, habe es eine breite positive Resonanz bei Kommunen, Bürgern und ÖPNV-Kundigen gegeben.

Wenn die Landesregierung nach einjährigem Nachdenken jetzt auf den fahrenden Rufbus-Zug aufspringe, sei dies grundsätzlich erfreulich. Auch von dort werde jetzt bestätigt, dass der Rufbus ÖPNV-Zukunft sei. Kalinka: „Noch besser wäre es allerdings gewesen, wenn der Staatssekretär gleich einen Förderbescheid mitgebracht hätte. Wir möchten möglichst schnell starten. Die Akzeptanz im Kreis Plön für den Rufbus ist hoch. Er ist flexibel, er geht auf den Kunden ein und schafft Verbindungen in alle Richtungen. Auch dort, wo Busse bisher nur wenig oder gar nicht fahren.“

Kalinka: „Einerseits die ländlichen Regionen und andererseits die Anbindung nach Kiel sind doch geradezu ideal für ein solches Projekt. Für die VKP wäre es kein Problem, mit Bussen unterschiedlicher Größe zu fahren. Dies geschieht schon jetzt. So wäre es im Übrigen

sicher auch bei einem Bus-Bahn-Konzept zur Anbindung einer Bahn Kiel - Schönberg.“

Amtsvorsteher Eckhard Jensen: „Nachdem alle drei Amtsgemeinden in Schrevenborn gleichlautende Beschlüsse zur Errichtung eines Rufbusverkehrs im Kreis Plön beschlossen haben, hat auch der Amtsausschuss auf meine Initiative bereits am 18. Juni 2015 den einstimmigen Beschluss gefasst, den Kreistag und die Kreisverwaltung aufzufordern, die Einrichtung eines Rufbusverkehrs zeitnah mit dem Ziel auf den Weg zu bringen, eine deutliche Verbesserung des ÖPNV im Kreis Plön herbeizuführen. Dabei wurde insbesondere der Bereich des Amtes Schrevenborn als Möglichkeit für ein Pilotprojekt ins Gespräch gebracht.“

Im November 2014 hatten FLS-Geschäftsführer Thomas Brechtel, der Heikendorfer Bürgermeister Alexander Orth (SPD) und CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka das Rufbus-Modell vorgestellt. Danach war es intensiv diskutiert worden, zum Beispiel im Februar 2015 auf einer größeren Veranstaltung in Probsteierhagen (mit VKP-Geschäftsführer Friedrich Scheffer), in kommunalen Gremien und bei einem Gespräch im Bundesverkehrsministerium im Juni 2015 in Berlin. Auch im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus (WET) des Kreistages war der Rufbus positiv aufgenommen worden. (Januar 2016)



Bau der B 404 zur A 21: Kosten der Parallelstraße und des kombinierten Geh- und Radweges muss der Bund tragen / Notfalls Klageweg / Kreistag einig

„Der Bund ist für den Bau der B 404 zur A 21 verantwortlich. Er hat dies so entschieden. Folglich muss er auch dafür einstehen, dass die Gelder zur Verfügung stehen, die notwendig sind, um auch die daraus resultierenden Baumaßnahmen zu finanzieren. Dazu zählen die Parallelstraße mit 6,50 Metern Breite und der kombinierte Geh- und Radweg zwischen Nettensee, Warnau, Kirchbarkau und Klein Barkau. Beides ist aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig“, so der Fraktionsvorsitzende der CDU im Plöner Kreistag, Werner Kalinka, zur Beschlussfassung in der Sitzung am 1. Oktober 2015.

Schon 2012 hatte der Kreistag ein Votum abgegeben. Aber: Der Bund versucht, sich mit möglichst wenig Geld zu beteiligen. Folge wäre, dass Gemeinden im Barkauer Land und der Kreis zur Kasse gebeten würden. Das geht nicht, zumal es um nicht geringe Summen geht.

Die CDU-Kreistagsfraktion hatte bereits am 15. Juni 2015 eine Beschlussvorlage für den Kreistag eingebracht. SPD/Grüne/FWG stellten danach – am 8. Juli – einen ergänzenden Antrag. Sehr erfreulich auch die große Zustimmung im Barkauer Land, wie bei einem Gespräch am 23. September 2015 deutlich wurde.

Jetzt hat der Kreistag in seiner Sitzung am 1. Oktober 2015 einstimmig die nachfolgende Resolution beschlossen:

1. Der Kreistag fordert im Zuge des Ausbaus der B404 zur A21 den Bau eines kombinierten Geh- und Rad-

weges entlang der Parallelstraße, der die Ortslagen Nettensee, Warnau, Barmissen, Kirchbarkau und Klein Barkau verbindet.

2. Die befestigte Fahrbahnbreite der Parallelstraße ist der Regelnorm entsprechend mit 6,50 Metern anzulegen. Planungen, diese Breite auf 5,50 Meter zu reduzieren, werden aus Gründen der Verkehrssicherheit abgelehnt.

3. Die Kosten für die Parallelstraße und eines kombinierten Geh- und Radweges sind durch die Bundesrepublik Deutschland zu tragen.

4. Der Kreis Plön erwartet, dass die zuständige Landesbehörde bei der Planung der Parallelstraße neben den in der Region bestehenden Entwicklungsvorstellungen ganz besonders die im Landesentwicklungsplan (LEP) aufgeführten Grundsätze zur Verbesserung der ÖPNV-Bedienung, zur Förderung des Radverkehrs und zur besonderen Gewichtung bei der Anbindung und der Verknüpfung der Gemeinden an die und mit den zentralen Orten zur Anwendung bringt.

5. Der Kreis Plön geht davon aus, dass die Planung nach den technischen Vorschriften, Normen und Richtlinien wie auf Bundesebene erfolgt.

6. Im Fall einer weiteren ablehnenden Haltung des Bundes behält sich der Kreistag den Klageweg vor.

Viele Initiativen der CDU-Kreistagsfraktion zum ÖPNV wurden im Kreistag von SPD/Grünen/FWG abgeblockt

- Kreistag am 19.9.2013: Die CDU-Kreistagsfraktion fordert einen Ergebnisbericht zur möglichen Optimierung der Verkehrsanschlüsse im ländlichen Raum und eine grobe Kostenschätzung für zusätzliche Linien. Ebenfalls soll eine Überprüfung der Nutzung von Alternativen wie z.B. Anruf-Taxis erfolgen, um den ländlichen Raum mit ÖPNV-Dienstleistungen besser anzubinden.
– Einstimmig beschlossen.

- Kreistag am 14.11.2013: Die CDU-Kreistagsfraktion legt einen Antrag mit 9 Punkten zum Landesnahverkehrsplan vor:

1) „Die in der Sitzungsvorlage 101/13 beschriebene Sach-, Finanz- und Informationslage lässt ein positives Votum für eine Stadtregionalbahn wie für eine Bahnstrecke Schönberger Strand - Kiel nicht zu.“
– **Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.**

2) „Die Stellungnahme der Bürgerinitiative „Bürger für den Bus - gegen die Bahn“ vom 10.11.2013 wird vollumfänglich mitgetragen und als Anlage der Stellungnahme des Kreises Plön an das Land beigefügt.“
– **Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.**

3) „Ein touristisch genutzter Betrieb der Bahnstrecke Kiel – Schönberger Strand wie auch der

Strecke Malente - Lütjenburg wird befürwortet.“
– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

4) „Wir fordern einen transparenten Dialog und konkrete Finanzierungs- bzw. Lösungsvorschläge hinsichtlich

- zu erwartender Kosten einer Stadtreionalbahn wie einer Strecke Kiel – Schönberger Strand;
 - entstehender Nachteile für Busbenutzer der Linie Schönberg - Kiel, für Fahrschüler, für die VKP und an der Strecke wohnender Bürgerinnen und Bürger; - der Sicherheit an der Bahnstrecke wie der der Bahnübergänge.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

5) „Die Nutzbarkeit einer Bahnstrecke Schönberger Strand - Kiel muss durch ein Planfeststellungsverfahren für die gesamte Streckenführung überprüft werden.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

6) „Es wird gefordert, dass schnellere Zugverbindungen auf der Strecke Kiel – Lübeck auch Schwentinental, Preetz und Ascheberg erkennbar und auf Dauer zugutekommen.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

7) „Eine Entwidmung der Bahnstrecke Ascheberg – Neumünster wird befürwortet.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

8) „Eine Erhöhung der Kreisumlage zur Finanzierung von Bahnstrecken und/oder deren Folgekosten wird abgelehnt.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

9) „VKP und Kreisverwaltung haben bis Ende Januar 2014 Vorschläge vorzulegen, wie und mit welchen Kosten die Busverbindungen in der Probstei und im Kreis verbessert werden können.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

• Kreistag am 19.12.2013: Die CDU-Kreistagsfraktion stellt den Antrag zur Aufnahme folgender Punkte in den 3. Regionalen Nahverkehrsplan:

1) „Attraktivitätssteigerungen und mehr Bus- oder Taxenverbindungen sind auf weiteren Strecken im Kreis und Städten / größeren Gemeinden wünschenswert. Dazu zählen die Einrichtung von Wochenendverkehren auch auf den Strecken, auf denen ansonsten vor allem nur der Schulbusverkehr stattfindet; der Einsatz beispielsweise von Anruf-Taxis oder Stadt-Bussen.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

2) „Der Kreistag erwartet, dass Vorschläge für die Busanbindungen an eine mögliche Bahnstrecke Kiel - Schönberger Strand bis spätestens Ende Juni 2014 vorgelegt werden. Er erwartet zudem, bis zu diesem Zeitpunkt Vorschläge zu bekommen, wie unabhän-

gig davon in der Probstei und im Kieler Umland die Bus-Verkehrsverbindungen verbessert werden können. Dazu zählt auch, Pendlerströme nicht nur vorrangig in Richtung Kiel zu betrachten, sondern verstärkt auch von dort in den Kreis Plön. Auch für Strecken aus Kreis Plön in Richtung Lübeck und Neumünster erwartet er entsprechende Vorschläge.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

3) „Für alle Vorschläge sind (überschlägig) die voraussichtlichen Kosten und Einnahmeschätzungen anzugeben.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

4) „Der Kreistag sieht durch die vorgesehene Inbetriebnahme der Bahnstrecke Kiel - Schönberger Strand die Gefahr erheblicher Einnahmeverluste für die VKP sowie Mehraufwendungen für den Kreis und die Kommunen. Er appelliert an das Land, im Falle der Durchsetzung der Planungen diese Verluste vollumfänglich auszugleichen. Zudem fordert er das Land auf, den Kommunen wie auch Bürgern Kosten für Bahnhofsumfelder, Sicherheitsmaßnahmen für Bahnübergänge u. ä. vollumfänglich von der Hand zu halten.“

– Abgelehnt durch SPD/Grüne/FWG.

Die CDU-Kreistagsfraktion hat sich kontinuierlich für leistungsstarke und flächendeckende Nahverkehrskonzepte im Kreis Plön eingesetzt. Verbesserungen im ÖPNV müssen im Angesicht der Haushaltskonsolidierung auch wirtschaftlichen Aspekten unterliegen. Die CDU-Fraktion sagt JA zu soliden Finanzen und guten Busverbindungen und NEIN zur Stadtreionalbahn.

Der ÖPNV betrifft alle Menschen im Kreis Plön und nicht nur Teile davon, für eine gerechte Ausstattung an ÖPNV-Dienstleistungen wird sich die CDU-Fraktion stark machen und keine partiellen Lösungen zum Nachteil anderer Orte in unserem Flächenkreis befürworten.

Bis Ende November 2014 sollen durch die Kreisverwaltung und die VKP dem Kreistag Vorschläge unterbreitet werden, ob bestimmte Busverbindungen im Kreis verbessert werden können. Unter anderem geht es um die Strecke Schönberg-Preetz und das Barkauer Land. Ein entsprechender Beschlussvorschlag in der Sitzung des Kreistages im September 2014 wurde einstimmig angenommen. Vorherige Ausschusssitzungen führten zu keinen Ergebnissen. Die CDU-Kreistagsfraktion hat die Erwartung, dass in der nächsten Kreistagsitzung entsprechende Beschlüsse gefasst werden können.

*Malte Schildknecht, CDU-Kreisvorstandsmitglied
 und Kreistagsabgeordneter*

VKP erweitert Busangebot zwischen Schönberg - Preetz und Preetz - Kirchbarkau / Eine CDU-Initiative

Seit dem 2. März 2015 erweitert die VKP ihre Angebote auf den Buslinien 220 (Schönberg - Preetz) und 416 (Preetz - Kirchbarkau). Einen entsprechenden Vorschlag hatte die CDU-Kreistagsfraktion im Herbst 2013 gemacht. Im Dezember 2014 wurde er im Kreistag beschlossen. Mehr Fahrten sollen dazu beitragen, die Erreichbarkeit nach Preetz mit seinen zentralen Einrichtungen zu verbessern und die beiden Linien mitsamt den Haltepunkten in den Dörfern attraktiver zu machen.

Es gilt auch dort der Schleswig-Holstein-Tarif. Damit kann der Fahrgast im Bus nicht nur eine Karte für die jeweilige Strecke kaufen, sondern auch für Ziele in ganz Schleswig-Holstein oder Hamburg. In Preetz ist zum Beispiel ein problemloser Umstieg auf die Anschlussverbindung der Bahn Richtung Kiel oder Plön/Lübeck möglich. Auch die Nutzung des Stadtverkehrs ist im Preis der Karte bereits enthalten, wie die VKP mitteilt.

„Wenn der Kunde unsere Flatrate - die Abo-Monatskarte - nutzt, bekommt er seine Karte nach Hause geschickt und die Kosten werden einfach vom Konto abgebucht. Dann kostet ihn zum Beispiel als Berufstätigen die Fahrt von Schönberg nach Preetz nur 1,50 Euro (bei angenommenen 20 Arbeitstagen). Ein Preis, der unter den Benzinkosten eines PKW liegt. Wir können nun nur noch an alle potentiellen Kunden appellieren, zukünftig häufiger den Bus zu nutzen“, so Friedrich Scheffer, Geschäftsführer der VKP zu den günstigen Preisen des ÖPNV.

Die Mehrkosten pro Jahr belaufen sich auf rd. 125 000 Euro. Der Kreistag hat die Mittel dafür zur Verfügung gestellt.



Fröhliche Gesichter auf der Eröffnungsfahrt zwischen Preetz und Schönberg: Wilfried Zurstraßen, Helmut Wichelmann, Stephanie Ladwig, Gerd-Dieter Arp, Werner Kalinka (von links)

JU Malente/Eutin/Süsel und Plön im guten Kontakt

Ein angenehmes Miteinander pflegen seit langem die JU-Kreisverbände Plön und Ostholstein. Dies wurde auch wieder auf der Jahreshauptversammlung der Jungen Union Malente/Eutin/Süsel deutlich, auf der Marcel Kriwet (Foto: vorne Mitte) als Ortsvorsitzender wiedergewählt wurde. Versammlungsleiter war André Jagusch (Foto: links), der wie der Ostholsteiner JU-Kreisvorsitzende und Kreistagskollege Carl-Alexander Struck (Foto: rechts) für eine nachbarschaftlich gute Zusammenarbeit zwischen Ostholstein und Plön eintritt. Auch die weiteren Vorstandsmitglieder Julian Kühne (stellv. Ortsvorsitzender), Robin Prieß (Schatzmeister) und Laura Wollschläger, Simon Kähler und Gerrit Proch (Beisitzer) wurden in Ihren Ämtern bestätigt.



Stark auch die Verbindung zu den CDU-Ortsverbänden Malente und Eutin, wie deren Vorsitzende Peter Blenski (4. von links) und Gerd Freese (2. von links) in ihren Grußworten hervorhoben. In beiden Städten stehen im Jahr 2016 Bürgermeisterwahlen an, bei denen die JU tatkräftige Unterstützung versprochen hat. Der Eutiner CDU-Bürgermeisterkandidat Carsten Behnk (6. von links) kam gerne zur JU-Jahreshauptversammlung, um mit der jungen Generation über seine Ziele und Pläne für die Stadt Eutin zu diskutieren. Ein Gespräch der Jungen Union mit dem Malenter CDU-Bürgermeisterkandidaten Hans-Werner Salomon wurde nach den Sommerferien 2015 geplant.



Auf dem Foto (von vorne links um den Tisch): Hauke Stenzel, Finn Wandhoff, Jan Plambeck, Jan-Philipp Pohst, Eva-Marie Böttcher, Malte Schildknecht, Werner Kalinka, Marc David Bieler, Benjamin Hingst, Birger Eggert, Sebastian Schippels

Zwei Stunden engagierte Diskussion, ein breiter Themenstrauß - der offene Gedankenaustausch stand beim JU-Talk unter der Leitung des JU-Kreisvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Malte Schildknecht nach einer knapp gehaltenen thematischen Einführung von Werner Kalinka im Mittelpunkt. Von besonderem Interesse: Der ÖPNV und das Ruf-Bus-System. Die Vielzahl der Fragen (Wie funktioniert ein solches System? Wie ist der Stand der Technik? Mit welchen Preisen ist zu rechnen? Wie erfolgt die Koordination mit der VKP? Bedeutet dies eine Konkurrenz zu den Taxen?) und die intensive Erörterung zeigten: Ein Thema, was gerade auch für die junge Generation von Interesse ist. Von dort viel Zustimmung für das Projekt („Mut zur Vorreiter-Rolle“)! Auch andere Themen wurden lebhaft diskutiert, wie die Entwicklung des ländlichen Raumes und das Verhältnis zwischen Landwirtschaft, Wirtschaft und Umwelt.

NACH INTENSIVER DISKUSSION: EINSTIMMIGER BESCHLUSS BEI 1 ENTHALTUNG

CDU-Kreisvorstand: 15 Punkte, die für die Flüchtlingspolitik von Bedeutung sind

- 1 Das Grundrecht auf Asyl wird allen gewährt, die politisch verfolgt werden. Dieses steht nicht zur Disposition.
- 2 Die Aufnahmemöglichkeiten in Deutschland sind an einer kritischen Grenze angelangt. Dies gilt insbesondere für die Unterbringung. Die Kommunen sollten mitteilen, was dabei noch real machbar ist. Es muss offen darüber gesprochen werden, welche Grenzen ehrenamtlicher Arbeit inzwischen erreicht sind.
- 3 Wird ein Antrag auf Anerkennung als Asylbewerber/Flüchtling abgelehnt, müssen die Rückführungen auch umgesetzt werden. Diese sind unter Zuhilfenahme aller rechtstaatlichen Mittel und in menschlich würdiger Form vorzunehmen.
- 4 Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten müssen an der Einreise in die EU gehindert werden. Die Aufnahme von Flüchtlingen in die EU sollte kontingentiert werden. Asylrecht und Flüchtlingshilfe müssen an die geänderte globale Entwicklung angepasst werden.
- 5 Eine vom Bund bis zu den Kommunen gegliederte Verwaltung für Fragen von Asylbewerbern und Flüchtlingen muss zügig aufgebaut werden. Alle wesentlichen Aufgabenbereiche von der Aufnahme bis zur Integration wie auch zur Ablehnung eines Antrages sind zu bündeln. Ob dies auf Bundes- und Landesebene durch eigene Ministerien erfolgen sollte, ist zu erörtern.
- 6 Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss unverzüglich personell aufgestockt und so organisiert werden, dass Anerkennungsverfahren schnell durchgeführt werden können. Die derzeitig zu langen Zeiten sind nicht hinnehmbar. Es müssen qualifizierte Mitarbeiter aus allen Behörden des Bundes, der Länder und aus den Kommunalverwaltungen ins BAMF abgeordnet werden bzw. entliehen werden. Im Ruhestand befindlichen Mitarbeitern ist eine Reaktivierung anzubieten.
- 7 Wesentlich ist, den Ursachen der Entwicklung zu begegnen. Bund und EU sind vor allem gefordert, Hilfsprogramme für die betroffenen Länder zu entwickeln und rasch umzusetzen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk ist finanziell stärker zu unterstützen. Den Menschen in den Flüchtlingslagern muss eine Perspektive eröffnet werden. Die seit Sommer 2015 sehr erheblich größer werdenden Flüchtlingsströme müssen schnell begrenzt werden, Schlepper-Strukturen sind entschieden zu bekämpfen.
- 8 Polizeiliche Arbeit muss sich vor allem darauf konzentrieren, dass rechtsfreie Räume weder entstehen noch hingenommen werden. Die Grenzkontrollen müssen erheblich intensiviert werden. Es kann nicht in Frage stehen, dass die Personalien von Flüchtlingen bei Ankunft festzustellen sind.
- 9 Europäisches Recht muss in allen EU-Ländern angewandt werden. Wird es der sozialen Wirklichkeit nicht mehr gerecht, ist es Aufgabe der Organe und Mitgliedstaaten der EU, dies zu bewerten und darüber gemeinsam zu entscheiden.
- 10 Den Kommunen sind seitens des Bundes und des Landes alle Aufwendungen zu erstatten, die ihnen für die Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen entstehen. Dies gilt auch für die Personalkosten. Das Land muss uneingeschränkt die vom Bund gezahlten Gelder an die Kommunen weitergeben.
- 11 Um eine tatsächliche Integration und Förderung der Asylberechtigten sicherzustellen, aber auch um sozialen Spannungsfeldern möglichst schon im Ansatz zu begegnen, sind schnell Programme vonnöten, um für sie Wohnungen anzubieten, Arbeits-, Schul- und Ausbildungschancen zu eröffnen und sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.
- 12 Die Rechts- und Werteordnung in Deutschland ist von den Asylbewerbern und Flüchtlingen zu akzeptieren. Es muss zudem die Bereitschaft bestehen, die deutsche Sprache zu erlernen.
- 13 Es gehört nicht zu den originären Aufgaben von Polizei und Bundeswehr, die Unterbringung von Flüchtlingen zu organisieren. Nicht akzeptabel ist, wenn die Polizei durch diese Aufgabenwahrnehmung sich weniger um die Sicherheit der Bürger kümmern kann.

14 Es wird erwartet, dass das Gesetzes- und Maßnahmenpaket, das im Bundestag nach dem „Flüchtlings-Gipfel“ vom 24. September 2015 zwischen Bund und Ländern verabschiedet werden soll, nachhaltig zur Lösung der Probleme beiträgt.

15 Der Erhalt und die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz des Asylrechts ist eine wichtige politische Aufgabe.

(Bei 1 Enthaltung einstimmig vom CDU-Kreisvorstand auf der Sitzung am 12. Oktober 2015 in Schwentinental beschlossen, danach im November 2015 auf dem Landespartag mit wenigen Änderungen beschlossen.)



Schon Anfang 2015 engagierten sich die CDU-Kommunalpolitiker André Jagusch, Mechtilde Gräfin von Waldersee, Björn Rüter und Thure Schnoor (Foto v.l.) mit einer Kuschtiersammlung. Auf den Aufruf hin wurden insgesamt über 650 Kuschtiere gespendet, die an verschiedene Erstaufnahmeeinrichtungen in unserer Region weitergegeben wurden.



Innenminister Stefan Studt, DRK-Kreisvorsitzender Christian Pagel, Teamleiter Bernd Drescher und stellvertretender Landrat Werner Kalinka (v.r.) vor der Notunterkunft auf Schloss Salzau. Foto: Thomas Christiansen/KN

Großer Dank an alle Helferinnen und Helfer

An vielen Orten wird geholfen. Ein großer Dank an alle Helferinnen und Helfer. Sie engagieren sich eindrucksvoll und ehrenamtlich, ob als Sprachpaten, bei der Begleitung zu Behörden, Ärzten oder Pflegediensten, bei der Organisation des Tagesablaufes oder einfach beim Zuhören, um das Erlebte zu verarbeiten.

Auch für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden stellt die Bewältigung der anstehenden Aufgaben seit längerem eine große Herausforderung dar. Auch ihnen gilt unser herzlicher Dank. Nach aktuellen Prognosen werden im Jahr 2015 rund 2800 Flüchtlinge im Kreis Plön unterzubringen sein.

Wie schnell und kompetent gearbeitet wird, wurde auch in Salzau deutlich. Es war schon eine echte Herausfor-

derung, in rd. 72 Stunden Schloss, Nebengebäude und Gelände als Notunterkunft des Landes herzurichten und die vielen anstehenden Probleme abzuarbeiten.

Es hat sehr gut geklappt. Für die Betreuung dort ist der DRK Kreisverband Plöner Land unter der Leitung des Vorsitzenden Christian Pagel verantwortlich. Ob DRK, Polizei, Hilfsorganisationen, Feuerwehren, Bundeswehr, Ärzte, Verpflegungs-Service, Reinigungsdienst, Busunternehmen, Kreis, Amt und Gemeinde – alle arbeiten engagiert und gemeinsam für das Ziel.

Davon konnte sich auch Innenminister Stefan Studt überzeugen. Mit dem Teamleiter Bernd Drescher, Christian Pagel und dem stellvertretenden Landrat Werner Kalinka informierte er sich über die Lage. (Sept. 2015)

Kosten für Flüchtlinge müssen Bund und Land tragen

Einen wichtigen Beschluss – einstimmig – fasste der Plöner Kreistag auf seiner Sitzung am 8. Oktober 2015. Er fordert, dass die Finanzdefizite, die durch die Aufnahme von Flüchtlingen entstehen, vollständig vom Bund / Land übernommen werden. Dieser Punkt ist einer von drei Maßgaben, die erfüllt sein müssen, um den Konsolidierungsvertrag mit dem Land für 2016 - 2018 fortzusetzen.

Die Anregung, diesen Punkt aufzunehmen, war von der UWG gekommen – von der CDU und der FDP unterstützt – und tags zuvor im Finanzausschuss beschlossen worden. SPD/Grüne/FWG enthielten sich im Finanzausschuss – bis auf einen Abgeordneten – der Stimme, stimmten in der Gesamtabstimmung aber schon im Finanzausschuss der (deutlich geänderten) Verwaltungsvorlage zu.

Die SPD hatte im Finanzausschuss zuvor beantragt, neu den Passus aufzunehmen, dass der Kreis bis zum 31. Dezember 2016 weitere Einsparmaßnahmen nur vorlegen müsse, wenn bis dahin nicht erkennbar sei, dass mit den bisherigen Einsparmaßnahmen das Konsolidierungsziel bis 2018 erreicht werden könne.

Fest steht: Werden die Kosten für die Flüchtlings-Hilfe von Bund / Land nicht erstattet, entstehen für den Kreis neue Ausgaben in deutlicher Millionenhöhe. Er ist derzeit mit 30 % an den Kosten beteiligt. Dies durch andere Sparmaßnahmen auszugleichen, wäre illusorisch.

Der Bund hat den Ländern eine Pauschale in Höhe von 670 Euro pro Flüchtling und pro Monat zugesagt. Anfang November 2015 will das Land mit Kreisen und Städten da-

rüber verhandeln, wieviel Geld diese bekommen.

Ministerpräsident Torsten Albig hatte kürzlich erklärt, Humanität komme vor Haushaltsdisziplin. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Kieler Landtag, Ralf Stegner, am 8. Oktober 2015 laut „Welt“: Der Haushalt sei zweitrangig angesichts der aktuellen Lage.

CDU-Fraktionsvorsitzender Werner Kalinka: „Legt man diese Maßstäbe zugrunde, kann es natürlich ohnehin nicht sein, wenn das Innenministerium des Landes verlangen würde, dass die (Pflicht)-Ausgaben der Kreise für Flüchtlingskosten – seit Monaten sehr stark ansteigend – in die Verantwortung der Kreise bei den Bemühungen um Haushaltskonsolidierung fallen würden. Uns kann nur „angerechnet“ werden, was wir bei den Ausgaben selbst zu vertreten haben.“

Nach einer Sitzungsunterbrechung im Kreistag und einem Gespräch der Fraktionsvorsitzenden legte Kalinka den entsprechenden Passus als gemeinsames Ergebnis der Beratungen vor.

Konsolidierungshilfe des Landes hat der Kreis bislang ohnehin nur einmal, nämlich 2012 in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro, erhalten. Die nicht ungünstige finanzielle Entwicklung des Kreises gibt Aussicht zu einem ausgeglichenen Haushalt, wenn die Kosten für Flüchtlingshilfe erstattet werden und der Kreis sparsam wirtschaftet. Gewinnt der Kreis auch in letzter Instanz den „Blomenburg“-Rechtsstreit, werden zudem rd. 9. Mio. Euro gebildeter Rückstellungen nicht zur Auszahlung fällig.

Für die Unterrichtung der Flüchtlingskinder muss das Land mehr Lehrkräfte zur Verfügung stellen

Eine bedarfsgerechte Anpassung der Anzahl der Lehrkräfte in den DaZ (Deutsch als Zweitsprache)-Zentren im Kreis Plön fordert der bildungspolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion, **Tade Peetz**, vom schleswig-holsteinischen Bildungsministerium.

„Die DaZ-Zentren in Plön, Preetz, Schönberg und Schwentinental müssen angesichts des anhaltenden Zuwachses an Flüchtlingen personell vorbereitet sein und dementsprechend mit qualifizierten Lehrkräften ausgestattet werden“, so Peetz in einer Analyse der Situation.

In den DaZ-Zentren werden Schülerinnen und Schüler mit geringen bzw. keinen Deutschkenntnissen in einer Basisstufe zunächst nur vor Ort beschult, treten dann in die Aufbaustufe ein, indem sie überwiegend

im Klassenverband einer Regelschule, aber durch einen DaZ-Aufbaukurs unterstützt lernen, um schließlich in der Integrationsstufe in Vollzeit im Klassenverband der Gemeinschaftsschule oder des Gymnasiums unterrichtet zu werden.

Das Land werde ohne flexible Nachzuweisungen für DaZ im Personalbereich nicht auskommen. Peetz: „Gegebenenfalls müssten die Strukturen auch weiter dezentralisiert werden, sodass DaZ-Lehrkräfte auch an anderen Schulstandorten im Kreisgebiet arbeiten können.“

Mit dem Stand 1. Oktober 2015 besuchten 149 schulpflichtige Kinder die DaZ-Zentren im Kreis Plön. 59 werden im Rahmen der Schülerbeförderung zu den Schulen gebracht. Auf das Jahr gerechnet fallen dafür Kosten in Höhe von rd. 48 000 Euro an.

„Kalte Progression“ - Erfolgreiche Initiative des CDU-Kreisvorstandes

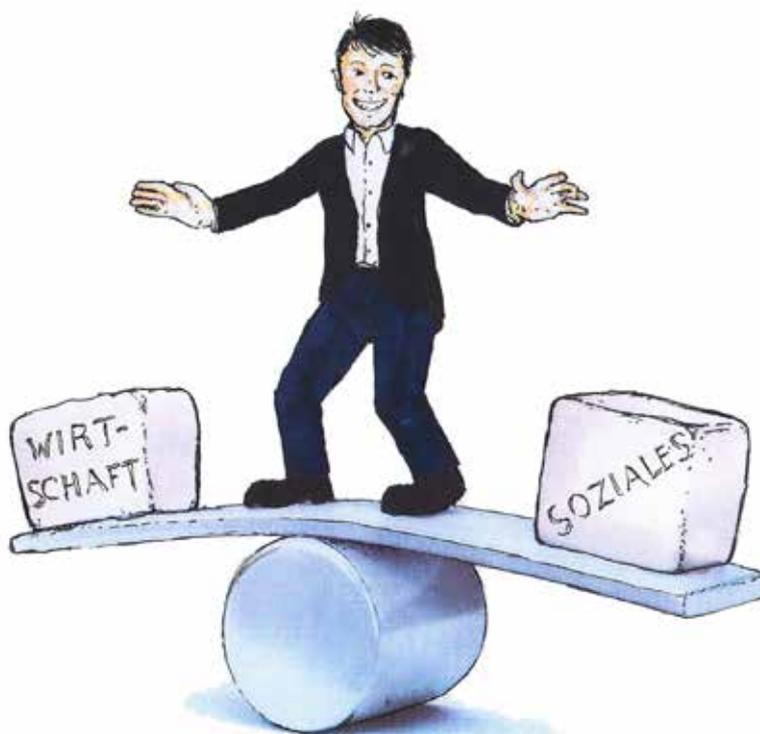
Schon früh beteiligte sich der CDU-Kreisvorstand an der Diskussion um die „Kalte Progression“. Am 21. August 2014 beschloss er, eine Minderung der „Kalten Progression“ zu befürworten. Thomas Hansen damals zur Begründung: Eine Korrektur im Steuerrecht ist notwendig, weil durch die „Kalte Progression“ Steuerzahler inzwischen in nennenswertem Umfang zu hoch belastet werden. Werner Kalinka nannte als Ziel, dass „die Veränderungen spätestens 2017 in Kraft treten können.“

Für den CDU-Landesausschuss am 29. September 2014 brachten der CDU-Kreisverband Plön wie die Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung (MIT), unterstützt vom Arbeitnehmerflügel CDA, einen entsprechenden

Antrag an. Er fand dort nach intensiver Debatte eine große Mehrheit. Maßgabe war, zum Bundesparteitag der CDU im Dezember 2014 einen Antrag zu stellen.

Die Initiative wird inzwischen auch auf CDU-Bundesebene breit getragen, wie der Bundesparteitag gezeigt hat. Antragsteller waren u.a. der Wirtschafts- und Sozialflügel und die CDU Schleswig-Holstein.

Werner Kalinka: „Damit wird eine erhebliche Steuerungerechtigkeit endlich beseitigt. Wer mehr leistet und mehr verdient, wird dafür künftig steuerlich nicht mehr bestraft. Hier war eine Meinungsbildung von „unten nach oben“ erfolgreich. Unser Kreisverband gehörte mit seinem Antrag zu den frühen Initiatoren.“



Karikatur: Tade Peetz

CDA und DGB im Gespräch

Zu einem knapp dreistündigen Gespräch sind der DGB Bezirk Nord und die CDA Schleswig-Holstein in der CDU-Landesgeschäftsstelle in Kiel zusammengekommen (Bild von links: Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB Bezirk Nord; Werner Kalinka; Werner Weiss, stellv. CDA-Landvorsitzender und Vorsitzender des DGB Dithmarschen). Im Mittelpunkt standen der Mindestlohn und seine Umsetzung, die sozialpolitische Entwicklung, Werften und Windenergie, die Lage am UKSH, die Themen Werkverträge und Minijobs. Bereits im August 2014 hatten Vertreter beider Vorstände sich zu einem ausführlichen Gedankenaustausch in Neumünster getroffen.



NEUREGELUNGEN ZUM 1. JAN. 2015 – CDU IM KREIS PLÖN: GUTER SCHRITT

Verbesserungen in der Pflege werden kommen

Als „guten Schritt“ bewertet CDU-Kreisvorstandsmitglied Helga Jessen die jüngsten Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Pflege. Damit werde es ab 2015 Verbesserungen für Betroffene, Angehörige und Pflegende geben, so die Vorsitzende der Senioren-Union.



Dies sei auch ein erkennbares Signal für die Pflegeberufe. Es sei zu hoffen, dass deren Anerkennung und Attraktivität mittel- und längerfristig steigt. Helga Jessen: „Dies sollte junge Men-

schen ermuntern, sich für einen Pflegeberuf zu entscheiden. Denn wir brauchen in der Zukunft erheblich mehr Pflegekräfte.“

Die moderate Erhöhung des Pflegebeitragsatzes um 0,3 Prozent sei notwendig, um die Verbesserungen zu finanzieren. Dies entspreche dem Gebot der Solidarität in der Gesellschaft, aber auch der Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Die Notwendigkeit von Verbesserungen in der Pflege und die Anliegen der älteren Generation sind seit langem ein Thema der Senioren Union, aber auch der CDU im Kreis Plön.

BISCHOF I.R. DR. HANS CHRISTIAN KNUTH IM HERRENHAUS PROBSTEIERHAGEN

„In der Nachkriegszeit war eine Tafel Schokolade der Himmel auf Erden“

Tische und Stühle mussten zusätzlich hereingetragen werden. Erst mit etwas Verspätung konnte die Vorsitzende der Senioren-Union, Helga Jessen, Bischof i.R. Dr. Hans-Christian Knuth begrüßen, der auf Einladung der Senioren-Union des Kreises und der CDU im „Blome“-Saal des Herrenhauses in Probsteierhagen sprach. Spannend sein Thema: Das Älterwerden.

„Entscheidend ist, wie Sie, wie wir das Alter erleben“, so seine motivierende Eingangsbotschaft. Alter bedeute mehr Zeit. Wenn man Zeit habe, „nachzudenken, kommen Erinnerungen.“ Über die eigene Kindheit, über Kriegserlebnisse, über ihre Folgen. Dass er den Vater nach dem Krieg erst mit zehn Jahren kennenlernte. Dass 50% der Väter der Klassenkameraden nicht zurückkamen. Und: „Dass eine Tafel Schokolade damals der Himmel auf Erden war.“ Und dass die Lehrerin in Hamburg, wo er zur Schule ging, damals eine Klasse mit 80 Schülern unterrichtete.

Der Ruhestand habe natürlich verschiedene Seiten. Das Empfinden eines „Bedeutungsverlustes“ einerseits, aber auch, dass „Stress in Beruf und Familie aufhört“, dass es keine festen Arbeitszeiten gebe, „dass man lange schlafen kann, wenn man dann kann“, dass man toleranter werde, dass die „Verantwortung nicht so drückt“. Mehr Zeit für sich, für seine Familie. Und

(schmunzelnd): dass die Großeltern bei den Enkeln großzügiger als die Eltern seien.

Das Älterwerden bringe selbstverständlich biologische Probleme mit sich: Hören und Sehen werde meist schwieriger, das Gedächtnis löcheriger („man trifft einen alten Bekannten und kommt nicht auf den Namen“), Herz und Kreislauf machten Probleme. Aber: Ein erfülltes, ein sinnhaftes Leben zu führen, in Beziehung zu anderen zu leben - dies bleibe auch im Alter wichtig und möglich.

Mit langanhaltendem Beifall dankten die Besucher dem Referenten, der anschließend für Fragen zur Verfügung stand. Ein herzlicher Dank galt auch den Teams der CDU Probsteierhagen und der Senioren-Union, die Kaffee und Kuchen servierten. (November 2014)





Dr. Philipp Murmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



...laden Seniorinnen und Senioren des Kreises Plön sowie alle weiteren Interessierten herzlich zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema

„Wohnen und Pflege im Alter – Ideen und Möglichkeiten“

am Montag, d. 21. Juli 2014, um 17:00 Uhr
in das „Hotel am Rathaus“ (Knüll 2, 24217 Schönberg) ein.

Die Wohnformen von Seniorinnen und Senioren werden immer vielfältiger. Angesichts des demografischen Wandels steht die Gesellschaft vor einer großen Herausforderung: Wie können Seniorinnen und Senioren möglichst lang selbstbestimmt leben? Welche Möglichkeiten ergeben sich dafür aus der Reform der Pflegeversicherung? Wie muss der Wohnraum an die Bedürfnisse der Menschen angepasst werden? Welche Formen des gemeinschaftlichen Wohnens gibt es – und wie kann die Politik dabei unterstützen? Die Veranstaltung versucht, Antworten auf dieses zentrale Zukunftsthema zu geben.

Gastvortrag:

- Staatssekretär Karl-Josef Laumann, Pflegebeauftragter der Bundesregierung

Weitere Gäste:

- Uwe Schummer, MdB, Behindertenbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Irene Fuhrmann, Koordinationsstelle für innovative Wohn-Pflegeformen im Alter (KIWA) in Schleswig-Holstein
- Claudia Breider, Johanniter im Kreis Plön
- Seniorenbeirat Schwentimental mit seinem Projekt „Wir im Quartier“

Tauschen Sie sich mit den eingeladenen Experten aus und äußern Sie Ihre Vorstellungen.

Wir freuen uns auf Sie!


CDU Ortsverband Schönberg


Dr. Philipp Murmann, MdB


CDU im Kreis Plön



Einen intensiven inhaltlichen Gedankenaustausch führten der Kreisvorstand der Senioren-Union, der Landesvorsitzende Wolfgang Börnsen und Werner Kalinka im September 2015. Auf dem Foto (v.r.) Wilfried Kieper, Hans-Helmut Lucht, Wolfgang Börnsen, Helga Jessen, Gesa Kirschnick und Werner Kalinka. (Foto: André Jagusch)

CDU-Empfang: 505,80 Euro für die Preetzer Tafel

Ausgerechnet bei denjenigen, die es am Nötigsten haben, waren Diebe unterwegs und hatten der Preetzer Tafel Spendenbüchsen samt Inhalt entwendet. Beim „Gespräch zum Neuen Jahr“ der Kreis-CDU im Januar 2015 in Heikendorf baten die Gastgeber um eine kleine Spende, um den Verlust auszugleichen. Mit einem tollen Ergebnis: **Eine Summe von 505,80 Euro konnte der Preetzer Bürgervorsteher Hans-Jürgen Gärtner vermelden, nachdem er gemeinsam mit Simon Bussenius und Ulrike Michaelsen mit dem Sektkübel durch die Besucherreihen gegangen war.** Für die Preetzer Tafel bedankte sich Rolf Kostrzewa mit herzlichen Worten.



Rolf Kostrzewa, Hans-Jürgen Gärtner, Ulrike Michaelsen, Simon Bussenius; Foto: André Jagusch

Tafeln, Familienzentren, Sport, Sprachförderung

110.302,92 Euro erhält der Kreis Plön aus dem Jahresüberschuss der Förde Sparkasse für das Jahr 2014. Einstimmig beschloss der Kreistag, 30.000 Euro für die Tafeln, 25.000 Euro für die fünf Familienzentren und 20.000 Euro an Einrichtungen zur Sprachförderung von Migranten und an ehrenamtliche Flüchtlingshilfen zur Verfügung zu stellen. Die Förderung des Kreissportverbandes in Höhe von 165.000 Euro jährlich wird mit

den verbleibenden Mitteln und aus dem Kreishaushalt finanziert. Thomas Hansen am 3. Dezember 2015 im Kreistag: „Die Empfänger können das Geld mehr als gut für ihre Arbeit gebrauchen. Sie leisten eine höchst anerkannteste Arbeit, für die wir sehr dankbar sind.“



Thomas Hansen

Hildegard Mersmann im Jugendhilfeausschuss

Zum neuen Mitglied im Jugendhilfeausschuss ist am 3. Dez. 2015 Hildegard Mersmann gewählt worden. Sie gehört dem Kreistag seit 2008 an und ist im Wahlkreis Schönkirchen/ Mönkeberg in den Kreistag gewählt worden. Hildegard Mersmann ist seit 2013 Mitglied im Hauptausschuss. Ihr besonderes Engagement gilt neben den Interessen des Ostufers allen Themen, die im Zusammenhang mit bildungs- und jugendpolitischen Fragen

stehen. Hildegard Mersmann: „Das Thema Kita wird uns besonders beschäftigen. Dazu zählt auch, dass die Kommunen über zunehmend steigende Kosten klagen.“ Weitere Schwerpunkte sind die allgemeine Jugendhilfe und die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF).



Hildegard Mersmann



Die CDU-Kreistagsfraktion lädt regelmäßig zu „Gesprächen nach dem Kreistag“ ein. Start war am 3. April 2015 in Schönberg (Foto), weitere Orte: Plön, Schönkirchen, Lütjenburg, Lehmkuhlen.

Die Argumente sprechen sehr deutlich für die Abschaffung der Jagdsteuer

Die Fraktionen von CDU und FDP haben sich klar gegen die Jagdsteuer positioniert und beantragten, sie zum 1. April 2016 (Beginn des neuen Jagdjahres) nicht mehr zu erheben. SPD/Grüne/FWG/UWG lehnten dies in der Kreistagsitzung am 8. Oktober 2015 ab.

Zur Begründung der CDU- und FDP-Positionen:

Der Kreistag hatte am 6. Mai 2004 die Jagdsteuer zum 31. März 2005 abgeschafft. Sie war am 8. Dezember 2011 zum 1. April 2012 wieder eingeführt worden. Die Jäger hatten daraufhin erklärt, das Fallwild nicht mehr zu entsorgen. Dies führt seither zu erheblich zunehmenden Problemen.

In der Zeit ohne Erhebung der Jagdsteuer hat die Fallwildentsorgung durch die Jäger problemfrei geklappt. Schon aus diesem Grund und mit diesem Ziel wäre es geboten, die Jagdsteuer wieder abzuschaffen. Die Aufhebung der Jagdsteuer ist für die Jäger Voraussetzung, diese Aufgabe wieder unentgeltlich zu übernehmen.

Es ist ein Gebot des Tierschutzes, dass mit Fallwild fachgerecht umgegangen und dies entsprechend entsorgt wird. Seit der Erhebung der Jagdsteuer bleiben Tiere nach dem Verenden oft tagelang am Straßenrand liegen. Auch das Aufbewahren verendeter Tiere in Sammelbehältern gibt zu Kritik Anlass. Zunehmend werden Wildunfälle überhaupt nicht mehr gemeldet oder diese werden nicht mehr bearbeitet. Die Tiere verenden oft qualvoll.

Selbst finanziell ist die Erhebung der Jagdsteuer nicht zu rechtfertigen. Die Entsorgungskosten im Kreis an den Kreis-, Landes- und Bundestrassen liegen jährlich bei ca. 70 000 Euro. Noch nicht betrachtet ist dabei die Situation der Gemeindestraßen, mit rd. 2500 Kilometer Länge mit Abstand die längste Straßenlänge. Hinzu kommen Personalkosten in der Kreisverwaltung für die Einziehung der Jagdsteuer, die natürlich nicht außer Betracht bleiben

können. Die Einnahmen aus der Jagdsteuer belaufen sich für den Kreis im Jagdjahr 2014/2015 auf rd. 100 000 Euro.

Die Jäger und die Revierinhaber leisten viel für Natur und Umwelt. Ehrenamtlich. Dies anzuerkennen, war und ist auch ein Grund für das Nichterheben der Jagdsteuer. Ehrenamtliches Engagement sollte unterstützt, nicht gehemmt werden. Wenn auf Dauer diese Arbeit hauptamtlich oder auf Kosten des Kreises erfolgen müsste, würde dies nochmals die Kosten steigen lassen. Zu erinnern ist neben dem stetigen Engagement für die Tier- und Pflanzenwelt zum Beispiel an das Anbringen von rd. 8000 blauen Reflektoren an den Pfählen an den Straßenrändern durch die Jäger im Kreis, um Unfälle und Schäden für Mensch und Tier zu vermeiden.

Bundesweit wird die Jagdsteuer in vielen Bundesländern nicht mehr erhoben. Nach Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen Anhalt ist die Jagdsteuer zu Beginn 2013 auch in Nordrhein-Westfalen abgeschafft worden. Im Saarland erheben nur noch zwei Kreise eine Jagdsteuer. In Schleswig-Holstein wird die Jagdsteuer noch in 6 von 11 Kreisen erhoben.

Die Fallwildentsorgung ist ein drängendes Problem im Kreis. Die beste Lösung wäre, mit den Jägern und den Revierinhabern wieder zu dem bewährten, harmonischen Miteinander zurückzukehren. (September 2015)



Foto: Kalli Jipp

Wir unterstützen die Bauern, Jäger und Fischer

Rund 500 Bauern, Jäger und Fischer aus dem ganzen Land haben beim Landeshaus gegen die von der Landesregierung geplante Novelle des Landesnaturschutzgesetzes demonstriert. Im Ton sachlich, aber doch sehr deutlich brachten die zahlreichen Redner ihre Ablehnung zum Ausdruck. Kritik gab es insbesondere an den Eingriffen in die Eigentumsrechte der Bauern und Waldbesitzer, die weiter steigende Bürokratie und die fehlende Akzeptanz für freiwilligen Naturschutz. Auch wir sprechen uns gegen die unnötigen Gesetzesänderungen mit ihren neuen Auflagen und bürokratischen Hürden aus.



Vor Ort waren auch viele Freunde aus dem Kreis Plön, unter anderem Stefan Velfe, André Jagusch, Benjamin Hingst, Sebastian Schippels und Hinrich von Donner.

UMFANGREICHE TAGESORDNUNG MIT NEUWAHL DES KREISVORSTANDES

Ein arbeitsintensiver Kreisparteitag



Werner Kalinka nach seiner Wahl: „Wir gehen gemeinsam und mit Engagement an die Arbeit.“ *Foto: Ingo Adrian*

Auch wenn die Tagesordnung sehr umfangreich war - das Tagungspräsidium in der Besetzung mit Präsident Dirk Sohn (Lütjenburg), Stefan Meyer (Plön) und Claudia Petersen (Schönberg) hatte keine Mühe, den Abend souverän über die Bühne zu bringen. Die konzentrierte Mitarbeit der anwesenden Mitglieder und derjenigen, die im Servicebereich unterstützten, trug zudem sehr zum Gelingen des Kreisparteitages bei.

In ihren Rechenschaftsberichten gingen der Kreisvorsitzende, der Fraktionsvorsitzende und der Schatzmeister auf die geleistete Arbeit und die aktuelle Lage ein. Ein besonderer Dank galt Holger Bajorat, der nach 22 Jahren im Amt den bisherigen stellv. Schatzmeister Simon Bussenius als seinen Nachfolger vorschlug und dafür dessen bisherige Position übernahm.

Bei der Wahl zum Kreisvorsitzenden setzte sich Werner Kalinka mit 151 Stimmen gegen Peter Sönnichsen (106) durch. Sönnichsen war vom Bundestagsabgeordneten Dr. Philipp Murmann, Kalinka vom Preetzer Bürgervorsteher Hans-Jürgen Gärtner vorgeschlagen worden. Sönnichsen gehört als Kreispräsident kraft Amtes dem Kreisvorstand weiter an. Die weiteren neu gewählten Kreisvorstandsmitglieder - siehe nächste Seite.

Wir danken Peter Sönnichsen - er gehört dem Kreisvorstand als Kreispräsident weiter an - wie auch den ausgeschiedenen Mitgliedern des Kreisvorstandes Dr. Ulrich Drerup, Claus Heller, Christine Nebendahl und Silke Rossmann für die geleistete Arbeit. Sie waren bislang Beisitzer und hatten nicht wieder kandidiert.

Dank an alle Helfer!

Ohne die vielen helfenden Hände wäre ein reibungsloser Ablauf eines Kreisparteitages nicht möglich.

Vorbereitung und Aufbau:

Günter Kord-to-Krax, Hans-Helmut Lucht, Malte Schildknecht, Thure Schnoor, Simon Bussenius

Anmeldung:

Gudrun Kord-to-Krax, Nicole Kord-to-Krax, Regina Benecke, Helma Tams

Stimmzähler:

Cathrin Heller, Wilhelm Helmers, Hanne Schlapkohl, Erhardt Selchow, Rosemarie Gromke, Petra Pluhar, Dominic Unthan, Daniel Wagner, Ellen Klünder, Jürgen Kleinfeldt

Getränke und Imbiss:

Fußballförderverein des RTSV

Frauen-Union des Kreises erfolgreich auf Landesebene

Erfolg für die FU im Kreis Plön - ihre Anträge wurden auf dem Delegiertentag der Landes Frauen-Union einstimmig angenommen. Danach soll sich die CDU-Landtagsfraktion bereits jetzt für eine 100%ige Lehrerversorgung in Schleswig-Holstein einsetzen und diese Forderung in das CDU-Programm für die Landtagswahl 2017 aufgenommen werden. „Was am Vormittag in der Schule durch den hausgemachten Stundenausfall nicht geleistet werden kann, muss in häuslicher Nacharbeit aufgefangen werden - häufig zu Lasten der Mütter“, so die FU-Kreisvorsitzende Claudia Petersen.

Die Kreis-FU fordert zudem eine Verschärfung des „Stal-

king“-Paragrafen (§ 238 StGB), nach der bereits Handlungen bestraft werden können, die die Lebensgestaltung schwerwiegend beeinträchtigen. Grundsätzlich soll ein öffentliches Interesse bei der Strafverfolgung zugrunde gelegt werden.

Stalking-Opfer sind hauptsächlich Frauen, die in ihrer Not auch noch den Weg der Privatklage gehen müssen.



Regina Benecke, Britta Peetz, Claudia Petersen und Helma Tams

Das Ostufer – eine starke Region!

Ein vollbesetzter Saal, interessante politische Informationen, angeregte Gespräche - eine prächtige Stimmung kennzeichnete das diesjährige CDU-„Gespräch zum Neuen Jahr“. CDU-Kreisvorsitzender Werner Kalinka („Die CDU im Kreis ist eine diskutierende Partei, eine, die offen ist, die Gespräch und Dialog sucht“) konnte im Heikendorfer „HSV“-Heim knapp 200 Gäste begrüßen, darunter eine große Zahl von Repräsentanten aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Vereinen und Verbänden.

Der Heikendorfer Bürgermeister Alexander Orth (SPD) sprach sich in seinem Grußwort gegen die Stadtregionalbahn (SRB) aus. Er plädierte für flexible Verbindungen durch Rufbussysteme. Dieses Modell hatten er und Werner Kalinka jüngst vorgestellt. CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Hansen unterstützte die Aussagen und skizzierte die Initiativen der CDU-Kreistagsfraktion vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, im Schul- und Kulturbereich, für den Sport, Vereine und Verbände.

„Alle drei Gemeinden im Amt sind deutlich auf Wachstum ausgerichtet“, so Amtsvorsteher Eckhard Jensen in seiner eindrucksvollen Rede. Man werde mit einem Amtsentwicklungskonzept und einem KiTa- und Schulkonzept weiter „das Heft des Handelns in die Hand“ nehmen. Schon jetzt gebe es in Heikendorf, Mönkeberg und Schönkirchen 600 KiTa-Plätze. Weitere 50 seien in Planung. Für KiTa und Schulen würden seitens der drei Gemeinden rd. 6,45 Mio. Euro aufgewendet.

Für die Attraktivität des Amtes und der Region seien mehrere Faktoren entscheidend: Angemessene Grundstückspreise, Arbeitsplätze, KiTa und Schulen, die B 502, der ÖPNV, Seniorenbetreuung, Freizeiteinrichtungen, die Nahversorgung, Naherholung und ein gesicherter Brandschutz. Dieser sei gerade für eine Gemeinde wie Schönkirchen mit einem großen Gewerbegebiet ein wichtiger Faktor.

Eine klare Absage erteilte Jensen Kieler Eingemeindungs-Überlegungen und fügte hinzu: „Es ist schon mehr als merkwürdig, wenn von Kooperationen gesprochen, in Wirklichkeit aber Eingemeindungen gemeint sind. Dagegen werden wir uns mit aller Kraft wehren, und wir erwarten dabei die Unterstützung aller Fraktionen im Kreistag.“ Beim diesjährigen Neujahrsempfang der Gemeinde Schönkirchen hatte der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) gesagt, der Weg Richtung Kiel stehe für Schönkirchen offen, wenn es von dort nicht zu einer Fusion mit Mönkeberg komme.

In seinem Schlusswort bat der Heikendorfer CDU-Ortsvorsitzende Tade Peetz auch im Namen von Werner Kalinka und Thomas Hansen um eine Spende für die Preetzer Tafel. Mehrere gefüllte Spendendosen waren der Tafel gestohlen worden. Mit einem tollen Ergebnis:

Eine Summe von 505,80 Euro konnte der Preetzer Bürgervorsteher Hans-Jürgen Gärtner vermelden, nachdem er gemeinsam mit Simon Bussenius und Ulrike Michaelsen mit dem Sektkübel durch die Besucherreihen gegangen war. Für die Preetzer Tafel bedankte sich Rolf Kostrzewa mit herzlichen Worten für die Unterstützung.



Eckhard Jensen: Alle drei Gemeinden im Amt Schrevenborn sind deutlich auf weiteres Wachstum ausgerichtet.



Thomas Hansen und Werner Kalinka: Die CDU im Kreis setzt klare und erkennbare Akzente in der politischen Diskussion.



Tade Peetz, Heikendorfer CDU-Ortsvorsitzender, und Bürgermeister Alexander Orth: Nein zur Stadtregionalbahn!

Wir sagen Dank für viel Unterstützung!

Bei einem „Nachmittag der Offenen Tür“ gab es die Gelegenheit, die veränderte Geschäftsstelle in Augenschein zu nehmen. Zugleich eine gute Gelegenheit zum politischen und persönlichen Gespräch. Viele haben geholfen, das Projekt zu verwirklichen. Nochmals Danke! Wenn Sie in Plön sind – schauen Sie einfach mal vorbei. In der Regel ist die Geschäftsstelle wochentags von 9-13 Uhr geöffnet. Telefonische Erreichbarkeit: 04522-7091.

